

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen
Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
8. Januar 1912

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Zetlin (Zumbel), Wilhelmsstraße,
Post-Begehrloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Im Asyl. Von A. Luxemburg. — Zwei Welten. — Vor der Entscheidung. Von Luise Zieg. — Für unser Bürgerrecht. — Zur Lage der Heimarbeiterrinnen in der Hutfabrikation. I. Von Johannes Heiden. — Mutter und Kinder in der Armenpflege. Von Edmund Fischer.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen. — Tätigkeitsbericht der Leipziger Kinderschuttkommission. — Wir können euch doch schlagen! Von Emma Dölg. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Ein Längerrinnenstreik. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Soziale Gesetzgebung. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung.

Im Asyl.

Unsere Reichshauptstadt ist in ihrer Feiertagsstimmung grausam gestört worden. Gerade hatten fromme Gemüter das schöne alte Lied angestimmt: O du fröhliche, o du selige, gnadenbringende Weihnachtszeit! als sich die Nachricht verbreitete, daß im städtischen Asyl für Obdachlose eine Massenvergiftung vorgekommen war. Alte und Junge fielen ihr zum Opfer: Handlungsgehilfe Joseph Geihe, 21 Jahre alt, Arbeiter Karl Melchior, 47 Jahre alt, Lucian Szczyptierowski, 65 Jahre alt — jeden Tag kamen neue Listen der vergifteten Obdachlosen. Der Tod fand sie überall: im Asyl, im Gefängnis, in der Wärmehalle oder einfach auf der Straße, in einer Scheune verkrochen. Bevor das neue Jahr mit Glockengeläute eingezogen war, wanden sich anderthalbhundert Obdachlose in Todesangst, hatten siebzig das Zeitliche gesegnet.

Mehrere Tage lang stand das schlichte Gebäude in der Fröbelstraße, das sonst jeder gerne meidet, im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Woher kamen die Massenerkrankungen? War es eine Epidemie, war es eine Vergiftung durch den Genuß saurer Speise? Die Polizeibehörden beeilten sich, die gute Bürgerschaft zu beruhigen: es war keine ansteckende Krankheit, das heißt: es lag keine Gefahr vor für die anständige Einwohnerschaft, für die besseren Leute in der Stadt. Der Massentod blieb nur auf die „Asylistenkreise“ beschränkt, auf die Leute, die sich den Genuß „sehr billiger“, stinkender Bücklinge oder giftigen Fusels zu Weihnachten geleistet hatten. Woher hatten die Leute aber jene stinkenden Bücklinge genommen? Hatten sie sie von einem „fliegenden Fischhändler“ gekauft oder aus dem Kehrriem in der Markthalle aufgesaugt? Letztere Mutmaßung wurde abgelehnt aus einem gewichtigen Grunde: der Abfall in den städtischen Markthallen ist nicht, wie sich oberflächliche und national-ökonomisch ungebildete Leute vorstellen, herrenloses Gut, das sich der erste beste Obdachlose aneignen dürfte. Dieser Abfall wird gesammelt und an große Schweinemästereien verkauft, wo er, erst sorgfältig desinfiziert und vermahlen, als Futter für die Schweine dient. Wachsame Organe der Markthallenpolizei sorgen dafür, daß menschliches Gefindel

hier nicht den Schweinen ihr Futter unbefugterweise wegschnappt, um es undesinfiziert und unvermahlen zu verschlingen. Die Obdachlosen konnten also unmöglich, wie sich mancher das so leicht denkt, ihren Weihnachtsschmaus aus dem Kehrriem der Markthalle aufgesaugt haben. Die Polizei fahndet demnach nach dem „fliegenden Fischhändler“ oder dem Budiker, der den Obdachlosen den Giftfusel verkauft hat.

Ihr ganzes Leben lang hatten Joseph Geihe, Karl Melchior, Lucian Szczyptierowski nicht so viel Aufmerksamkeit mit ihrem bescheidenen Dasein erregt. Jetzt — welche Ehre! Wirkliche Geheime Medizinalräte wählten eigenhändig in ihren Gedärmen. Der Inhalt ihres Magens, der der Welt so durchaus gleichgültig gewesen war, wird jetzt peinlich geprüft und in der ganzen Presse besprochen. Zehn Herren — hieß es in den Zeitungen — sind mit der Züchtung von Reinkulturen des Bazillus beschäftigt, an dem die Asylisten gestorben sind. Die Welt will auch genau wissen, wo jeder Obdachlose erkrankte: ob in der Scheune, wo er tot von der Polizei aufgefunden wurde, oder schon im Asyl, wo er vorher übernachtet hatte. Lucian Szczyptierowski ist plötzlich zu einer gewichtigen Persönlichkeit geworden, und er würde sich sicher vor Eitelkeit blähen, läge er nicht als übelriechende Leiche auf dem Seziertisch.

Ja, selbst der Kaiser — der gottlob durch die jüngste Teuerungszulage von drei Millionen Mark zu seiner Zivilliste als preussischer König wenigstens vor dem Argsten bewahrt ist — erkundigte sich angelegentlich nach dem Befinden der Vergifteten im städtischen Obdach. Und seine hohe Gattin ließ in echter Weiblichkeit durch den Kammerherrn v. Winterfeldt dem Oberbürgermeister Kirchner ihr Beileid ausdrücken. Der Oberbürgermeister Kirchner hat zwar von dem faulen Bückling trotz dessen Billigkeit nichts genossen und befindet sich nebst Familie in ausgezeichnete Gesundheit. Auch ist er unseres Wissens mit Joseph Geihe und Lucian Szczyptierowski weder verwandt noch verschwägert. Aber schließlich — wem sollte der Kammerherr v. Winterfeldt das Beileid der Kaiserin ausdrücken? Vor den Reichsteilen auf dem Seziertisch konnte er nicht gut die Grüße der Majestät ausrichten. Und die „trauernden Hinterbliebenen“? . . . Wer kennt sie, wer findet sie in den Spelunken, Findelhäusern, den Prostituiertenvierteln oder auch in den Fabriken und Gruben heraus? So nahm der Oberbürgermeister Kirchner in ihrem Namen das Beileid der Kaiserin entgegen, und es gab ihm Kraft, den Schmerz der Szczyptierowskis mit Fassung zu ertragen. Auch im Rathaus bewies man bei der Katastrophe im Asyl mannhafte Kaltblütigkeit. Man rekonozitierte, kontrollierte, protokollierte, beschrieb lange Bogen Papier, behielt aber bei alledem den Kopf oben und blieb bei den Todeswindungen andere so mutig und standhaft wie antike Helden im Angesicht des eigenen Todes.

Und doch hat der ganze Vorfall einen schrillen Miston in das öffentliche Leben hineingebracht. Für gewöhnlich sieht unsere Gesellschaft im ganzen ziemlich wohlhändig aus; sie hält auf Ehrbarkeit, auf Ordnung und gute Sitten. Frei-

lich gibt es Mängel und Unvollkommenheiten im Bau und Leben des Staates. Aber hat denn die Sonne nicht auch ihre Flecken? Und gibt es denn überhaupt etwas Vollkommenes hienieden? Die Arbeiter selbst, namentlich die besser gestellten, die organisierten, glauben gern, daß alles in allem Dasein und Kampf des Proletariats in den Grenzen der Ehrbarkeit und Wohlstandigkeit abläuft. Ist denn die „Verelendung“ nicht als graue Theorie längst widerlegt? Jedermann weiß, daß es Asyl, daß es Bettler, Prostituierte, Geheimpolizisten, Verbrecher und „lichtscheue Elemente“ gibt. Aber das alles wird gewöhnlich als etwas Fernes und Fremdes empfunden, als etwas, das irgendwo außerhalb der eigentlichen Gesellschaft liegt. Zwischen der rechtschaffenen Arbeiterschaft und jenen Ausgestoßenen steht eine Mauer, und man denkt selten an den Jammer, der jenseits der Mauer im Kot kriecht. Plötzlich passiert etwas, das so wirkt, wie wenn inmitten eines Kreises wohlherzogener, feiner und freundlicher Menschen jemand zufällig unter kostbaren Möbeln Spuren schändlicher Verbrechen, schamloser Ausschweifungen aufdecken würde. Plötzlich wird unserer Gesellschaft durch ein grauenhaftes Gespenst des Elends die Maske der Wohlstandigkeit abgerissen, ihre Ehrbarkeit als die Schminke einer Dirne erwiefen. Plötzlich zeigt sich, daß unter dem äußeren Rausch und Tand der Zivilisation ein Abgrund der Barbarei, der Vertierung gähnt; Bilder der Hölle steigen auf, wo menschliche Geschöpfe im Kehricht nach Abfällen wühlen, in Todeszudungen sich winden und verredend ihren Pesthauch nach oben senden.

Und die Mauer, die uns von diesem düsteren Reich der Schatten trennt, erweist sich plötzlich als eine bloße bemalte papierene Kulisse.

Wer sind die Bewohner des Asyls, die dem faulen Büchling oder dem giftigen Fusel zum Opfer fielen? Ein Handlungsgehilfe, ein Bautechniker, ein Dreher, ein Schlosser — Arbeiter, Arbeiter — lauter Arbeiter. Und wer sind die Ramenlosen, die von der Polizei nicht refognosziert werden konnten? Arbeiter, lauter Arbeiter oder solche, die es noch gestern waren.

Und kein Arbeiter ist vor dem Asyl, vor dem vergifteten Büchling oder Fusel gesichert. Heute noch rüstig, ehrbar, fleißig — was wird aus ihm, wenn er morgen entlassen ist, weil er die fatale Grenze der vierzig Jahre erreicht hat, bei der ihn der Unternehmer für „unbrauchbar“ erklärt? Was, wenn er morgen einen Unfall erleidet, der ihn zum Krüppel, zum Rentenbettler macht?

Man sagt: zum großen Teil verfallen dem Armenhaus und dem Gefängnis nur schwache und schlechte Elemente: schwachsinnige Greise, jugendliche Verbrecher, abnorm veranlagte Menschen mit verminderter Zurechnungsfähigkeit. Mag stimmen. Aber schwache und schlechte Naturen aus höheren Klassen kommen nicht ins Asyl, sondern in Sanatorien oder in den Kolonialdienst, wo sie an den Negern und Negerweibern ihre Instinkte ausleben können. Idiotisch gewordene ehemalige Königinnen und Herzoginnen verleben den Rest ihrer Tage in abgeschlossenen Palästen, umgeben von Lügen und ehrerbietiger Dienerschaft. Für das alte irrsinnige Scheusal, das Tausende von Menschenleben auf dem Gewissen hat, und dessen Sinne durch Mord und geschlechtliche Ausschweifung stumpf geworden sind, für den Sultan Abdul Hamid hat die Gesellschaft als letzten Ruhwinkel eine prunkvolle Villa mit Lustgärten, perfekten Köchen und einen Harem aus blühenden Mädchen vom zwölften Jahre aufwärts. Für den jugendlichen Verbrecher Prosper Arenberg — ein Zuchthaus mit Champagner, Austern und lustiger Herrengesellschaft. Für abnorm veranlagte Fürsten — die Schonung der Gerichte, die Pflege heroischer Gattinnen und der stille Trost eines guten alten Weinkellers. Für die sinnesranke unzurechnungsfähige Offiziersfrau aus Allenstein, die einen Mord und einen Selbstmord verschuldet hat — ein behagliches bürgerliches Dasein, Seidentoiletten und diskrete Sympathie der Gesellschaft.

Aber die alten, schwachen, unzurechnungsfähigen Proletarier verreden wie die Hunde in Konstantinopel auf den Straßen, an Bäumen, in Asyl, in Gassen, und neben ihnen findet man als einzige Hinterlassenschaft — den Schwanz eines fauligen Büchlings. Die Klassenspaltung zieht sich schroff und grausam bis in den Zerrinn, bis ins Verbrechen, bis in den Tod hinein. Für das bestehende Gesindel — Schonung und Lebensgenuß bis zum letzten Atemzug, für den proletarischen Lazarus — Skorpione des Hungers und der Giftbazillus des Todes auf dem Kehrichthaufen.

Hier schließt sich der Ring des proletarischen Daseins in der kapitalistischen Gesellschaft. Der Proletarier beginnt als tüchtiger und ehrbarer Arbeiter, von Kindesbeinen auf in der Treitmühle der geduldigen täglichen Ironie für das Kapital. Zu Millionen und aber Millionen sammelt sich die goldene Ernte in den Scheunen der Kapitalisten, ein immer mächtigerer Strom der Reichtümer wälzt sich durch die Banken, durch die Börsen, indes die Arbeiter in grauer unscheinbarer schweigender Masse tagtäglich die Tore der Fabriken und Werke verlassen, wie sie sie am Morgen betreten — als Habernichte, als ewige Händler, die das Einzige zu Markte tragen, was sie besitzen — die eigene Haut.

Von Zeit zu Zeit segt sie ein Unfall, ein schlagendes Wetter zu Dutzenden und Hunderten unter die Erde — ein kurzer Zeitungsbericht, eine runde Zahl meldet das Unglück, nach einigen Tagen sind sie vergessen, ihr letzter Seufzer wird von dem Keuchen und Stampfen der geschäftigen Profitmacherei erstickt. Nach einigen Tagen stehen neue Dutzende und Hunderte an ihrer Stelle im Joche des Kapitals.

Von Zeit zu Zeit kommt eine Krise, kommen Wochen und Monate der Arbeitslosigkeit, des verzweifeltsten Ringens mit dem Hunger. Immer wieder gelingt es dem Arbeiter, sich auf eine Stufe der Treitmühle zu schwingen, glücklich, daß er wieder für das Kapital Muskeln und Nerven anspannen darf.

Doch die Kraft versagt allmählich. Eine längere Arbeitslosigkeit, ein Unfall, das nahende Alter — und dieser und jener muß zur ersten besten Beschäftigung greifen, gleitet aus dem Beruf und sinkt unaufhaltsam hinab. Die Arbeitslosigkeit wird immer länger, die Beschäftigung immer unregelmäßiger. Der Zufall beherrscht bald das Dasein des Proletariats, das Unglück verfolgt ihn, die Teuerung trifft ihn am härtesten. Die ewig gestraffte Energie im Ringen um das Stück Brot lodert sich endlich, die Selbststachtung läßt nach — er steht vor den Toren des Asyls für Obdachlose oder, je nachdem, vor den Toren des Gefängnisses.

Jedes Jahr sinken so Tausende von proletarischen Existenzen aus den normalen Klassenbedingungen der Arbeiterschaft in das Dunkel der Verelendung. Sie sinken unhörbar, wie der Bodensatz, auf den Grund der Gesellschaft als verbrauchte nutzlose Elemente, aus denen das Kapital keine Säfte mehr auspressen kann, als menschlicher Kehricht, der mit eisernem Besen weggefegt wird: der Arm des Geistes, Hunger und Kälte wirken hier um die Wette. Und zum Schluß reicht die bürgerliche Gesellschaft ihren Ausgestoßenen den Giftbecher.

Das öffentliche Armenwesen — sagt Karl Marx im „Kapital“ — bildet das Invalidenhaus der beschäftigten Arbeiter und das tote Gewicht der Arbeitslosen. Die Entstehung der öffentlichen Armut ist unzertrennlich verbunden mit der Entstehung der vorrätigen unbeschäftigten Arbeiterschaft, beide sind gleich notwendig, beide sind Lebensbedingung der kapitalistischen Produktion und Entwicklung des Reichtums. Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das ausbeutende Kapital, der Umfang und die Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Ergiebigkeit seiner Arbeit, desto größer die Schicht der Arbeitslosen. Je größer aber diese Schicht im Verhältnis zur beschäftigten Arbeitermasse, desto massenhafter die überzähligen Verarmten. Dies ist das absolute allgemeine Gesetz der kapitalistischen Produktion.

Lucian Szczyptierowski, der auf der Straße endet, vergiftet vom faulen Büdling, gehört ebenso zum Dasein des Proletariats wie jeder qualifizierte, bestbezahlte Arbeiter, der sich gedruckte Neujahrskarten und eine vergoldete Uhrfette leistet. Das Mhl für Obdachlose und der Polizeigewahrsam sind ebenso Säulen der heutigen Gesellschaft wie das Reichskanzlerpalais und die Deutsche Bank. Und der vergiftete Büdlingschmaus mit Fusel im städtischen Obdach ist die unsichtbare Unterlage für den Kaviar und Champagner auf dem Tische der Millionäre. Die Herren Geheimen Medizinärzte können lange den Todeskeim in den Gedärmen der Vergifteten durch das Mikroskop suchen und „Reinkulturen“ züchten: der wirkliche Giftbazillus, an dem die Berliner Asylisten gestorben sind, heißt — kapitalistische Gesellschaftsordnung in Reinkultur.

Jeden Tag sterben einzelne Obdachlose, brechen vor Hunger und Kälte zusammen — kein Mensch nimmt von ihnen Notiz, bloß der Polizeibericht. Nur die Massenhaftigkeit der Erscheinung erregte diesmal in Berlin das große Aufsehen. Nur als Masse, das Elend zuhauf getragen, vermag der Proletarier die Gesellschaft zur Aufmerksamkeit für sich zu zwingen. Selbst der Letzte, der Obdachlose wird als Masse, und sei es bloß als Haufe von Leichen, zu einer öffentlichen Größe!

Gewöhnlich ist ein Leichnam ein stummes unansehnliches Ding. Es gibt aber Leichen, die lauter reden als Posaunen und heller leuchten als Fackeln. Nach dem Barrikadenkampf am 18. März 1848 hoben die Berliner Arbeiter die Leichen der Gefallenen in die Höhe, trugen sie vor das Königsschloß und zwangen den Despotismus, vor den Opfern das Haupt zu entblößen. Jetzt gilt es, die Leichen der vergifteten Obdachlosen in Berlin, die Fleisch von unserem Fleisch und Blut von unserem Blut sind, auf Millionen Proletarierhänden emporzuheben und ins neue Jahr des Kampfes zu tragen mit dem Rufe: Nieder mit der infamen Gesellschaftsordnung, die solche Greuel gebärt! R. L u r e m b u r g.

Zwei Welten.

Unter heißen Kämpfen, mit dem Ausblick auf weitere harte Auseinandersetzungen mit der besitzenden und herrschenden Minderheit zieht das neue Jahr für die deutsche Arbeiterklasse heraus.

Die organisierte Tabakarbeitererschaft ringt zäh und opferfreudig, um das Gespenst des nackten Hungers aus den armeneligen Wohnungen der westfälischen Brüder und Schwestern zu verschrecken, die bei trostloser Heimarbeit allen bösen Folgen der Steuer- und Zollpolitik des Reiches ausgeliefert zu den Ausgebeuteten der Ausgebeuteten gehören. Unter den Metallarbeitern zittert noch die tiefe Erregung des kaum beendeten schweren Kampfes in Berlin nach, und zum Bereitsein stachelt sie die Gewißheit an, daß die organisierten Scharmacher zu weiteren, größeren Kampagnen rüsten. Es gärt und brodelt im Grubenproletariat, das wieder und wieder von der Regierung Preußens und des Reiches im Bunde mit den Beckenbaronen genasführt und sogar um die mögliche Sicherung von Gesundheit und Leben gegen die drohenden Gefahren des Berufs geprellt worden ist. In vielen anderen Industrien stehen augenblicklich Ausgebeutete in Lohnbewegungen oder auch im Kampfe, und zahlreicher noch sind die Arbeitergruppen, für die sich sichere Zusammenstöße mit dem Unternehmertum ankündigen.

Es erweist sich, daß das „bewährte Wirtschaftssystem“ des Deutschen Reiches, das durch die Verteuerung der Lebenshaltung die Reichen reicher, die Armen ärmer macht, die Fronenden Massen auf der ganzen Linie vorwärts zum Kampfe treibt. Sie würden sich selbst und ihre greifbarsten Interessen aufgeben, wollten sie nicht den Teuerungspreisen der von ihnen geschaffenen Waren die höhere Bezahlung des einzigen Gutes gegenüberstellen, das ihnen die kapitalistische

Ordnung lassen muß: ihrer Arbeitskraft. Die Ereignisse der letzten Jahre lassen es jedoch nicht im Dunkel, daß es bei den gegenwärtigen und künftigen Kämpfen den Ausbeutenden viel weniger um das Zurückschlagen besserer Arbeitsbedingungen geht, als vielmehr um die Zertrümmerung der gewerkschaftlichen Organisation. Mit den paar Pfennigen Lohnerhöhung und anderen Forderungen noch könnten sich die Herren allenfalls abfinden — zumal in den Zeiten, wo der Aufschwung in vielen Industrien wahre Goldströme in ihre Kassen leitet —, nicht aber mit der Kampfesbereitschaft und Kampfesfähigkeit, welche die Organisation gibt.

So wird das Ringen um Sein oder Nichtsein der Gewerkschaftsverbände mehr und mehr zum Mittelpunkt, zum eigentlichen Inhalt der wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Kapitalisten und Proletariern. Wie in den Massenausparungen kommt das in den Blutrteilen des vergangenen Jahres wegen sogenannter Streikvergehen zum Ausdruck, namentlich aber in dem Streben, das gemeine Recht zum gemeinlichen Ausnahmerecht gegen die Arbeiter umzuwandeln und die bevorstehende Reform des Strafgesetzbuchs zu einer Meuchelung der Koalitionsfreiheit zu mißbrauchen. Die Auseinandersetzungen zwischen den organisierten Ausbeutern und Ausgebeuteten auf wirtschaftlichem Gebiet werden zu Machtproben zwischen diesen unversöhnlichen Feinden, die die bürgerliche Ordnung schafft und gegeneinander treibt. Daher schlägt ihr Ringen in immer höher sich bäumenden Wellen in das politische Leben hinein und erhebt sich auch hier zu einem Kampfe um die Macht und damit letzten Endes um Sein oder Nichtsein der bürgerlichen Ordnung selbst.

Die Leidenschaft und Wucht des Reichstagswahlkampfes, dessen Waffenlärm das neue Jahr grüßt, lassen die Ausdehnung und Verschärfung der politischen Gegensätze zwischen den beiden großen gesellschaftlichen Klassen erkennen. Vor diesem Gegensatz versinken die „Unstimmigkeiten“ zwischen den verschiedenen Schichten der Besitzenden gleich wesenlosen Schemen. Als belanglose Kabalgereien erscheinen die Fehden zwischen Konservativen, Zentrümlern und Liberalen über das Maß, in dem sie wie im verflochtenen Reichstag auch künftig die Interessen von „Landwirtschaft und Industrie“ — lies von Junkern und Schlotbaronen — vertreten wollen; in dem sie sich für Militär- und Marineforderungen, für Kolonialabenteuer und Kriegsschreiben begeistern; in dem sie „königstreu bis in die Knochen“ mit dem selbstherrlichen Regiment wegen der einen oder anderen Extratour nach links schmollen und grollen oder aber ihm bedientenhaft in dem Bewußtsein schmeicheln, welche trefflichen Dienste es zur Niederhaltung der Habenichtse zu leisten vermag.

Da ist auch nicht eine große bürgerliche Partei, die den Wagen der Reichspolitik umkehren und in die Bahnen lenken möchte, in denen die Geschichte die Arbeiterklasse ihrer Befreiung entgegenführt. Scharf, unverhüllt zeigt es sich, daß über alle häuslichen Zwistigkeiten der Besitzenden hinweg die bürgerlichen Parteien einander in die Arme sinken und den Bruderfuß der „Sammlung“ tauschen, wo ihnen in der Gestalt der Sozialdemokratie die politische Sachwalterin der proletarischen Interessen entgegentritt. Gewiß gibt es politische Forderungen, für deren Verwirklichung das deutsche Bürgertum Anschluß nach links, an die Arbeiterklasse suchen müßte. Die schamlose agrarische Liebesgabenwirtschaft zurückzuwerfen, die politische Herrschaft der Junker in Preußen zu brechen und damit auch die Allmacht der verjunkteten Bureaucratie im Reiche: das wären Fortschritte, auf's innigste von ihm zu wünschen. Da sie jedoch nur im Bunde mit dem Klassenbewußt in der Sozialdemokratie kämpfenden Proletariat erzwungen werden könnten, so haben sich unsere Bourgeois mitsamt ihrem Kometenschweif von Kleinbürgern, „neuen Mittelständlern“ und Intelligenzlern bis heute damit abgefunden, daß die Junker wirtschaftlich und politisch im Rohre sitzen und sich ihre Pfeifen schneiden. Denn lieber lassen sie sich von diesen brutalen Verteilungskern den Reiterstiefel ins Genick stoßen, als daß sie den

Arbeitern einen Zuwachs an Rechten und Macht gönnen würden.

Die Art und Weise, wie der „Linksliberalismus“ den berühmten Kampf nach zwei Fronten führt, schließt jeden Zweifel darüber aus, daß die Weichen seiner Entwicklung nach rechts gestellt sind. Was besagen alle Eideschwüre, welche die um Fischbeck, Wiener und Payer unter dem Zwange unentbehrlicher sozialdemokratischer Stichwahlhilfe für die Heiligkeit der Koalitionsfreiheit ablegen, angesichts der Tatsache, daß im sächsischen Landtag fortschrittliche Volksparteiler dazu gehen, daß die Reform des Strafrechts zu einem Ausnahmegesetz gegen die kämpfenden Arbeiterorganisationen zurecht gehämmert werde? Schwärmt nicht für die weitere „Ausgestaltung“ des Heeres die „Frankfurter Zeitung“, die sich so gern damit brüstet, eine Vorkämpferin sozialer Reformen und der Demokratie zu sein? Und triefen die Versammlungsreden und Flugblätter der Naumann & Cie. nicht von mordspatriotischen, imperialistischen Phrasen, glühen sie nicht vom Bewilligungseifer der Herren für Rüstungszwecke, von ihrer Begeisterung für den Kolonialschwindel, der die elementarsten Rechte fremder Völkerschaften unter die Füße tritt, um die deutschen Werktätigen besser und länger ausbeuten und knechten zu können?

Bürgerliche und proletarische Politik stehen im Reichstagswahlkampf so schroff gegeneinander wie die unüberbrückbaren Klassengegensätze selbst, die ihr Nährboden sind. Da die Politik des Imperialismus mit ihrem Rüstungswahnsinn und ihrer Kriegsgefahr, mit dem Steuer- und Zollwucher, mit dem Stillstand der Sozialreform und der Knebelung der Koalitionsfreiheit, mit der Verweigerung demokratischer Rechte für die Massen und der Stärkung der persönlichen Regiererei. Hier die Politik des Sozialismus, die sich dem allem mit breiter Brust entgegenstemmt und im Klassenkampf grundsätzlich für eine gerechte Verteilung der Steuerlasten und eine vernünftige Wirtschaftspolitik, für eine durchgreifende Sozialreform und das unbeschränkte politische Recht der Massen streitet und Militarismus und Völkerverheerung mit ihrem Gefolge ägyptischer Plagen durch die Betätigung der internationalen Solidarität der Ausgebeuteten überwinden will.

Aber auch die politischen Waffengänge zwischen Beherrschten und Herrschenden erhalten heute ihre Schärfe weniger durch die einzelnen Forderungen, die dabei in den Vordergrund treten, als durch die Machtstärkung, die für das Proletariat auf dem Spiele steht. Denn kein Säbelrasseln, kein Witten und Beten kann verhindern, daß der Geschichte ewiges Muß sich erfüllt, daß sich der Sieg je länger je unvermeidlicher dem Proletariat zuneigt, dieweil „der Herrgott noch immer bei den stärksten Bataillonen gewesen ist“, wie der alte Fritz gesagt hat. So geht es auch bei der Reichstagswahl den bürgerlichen Parteien und den durch sie vertretenen Schichten der Besitzenden um Ganze ihrer Klassenherrschaft. Sicher nicht in dem Sinne, daß sie befürchten, der Einzug einer starken sozialdemokratischen Fraktion in den Reichstag sei gleichbedeutend mit der Weltwende der „Expropriation der Expropriateure“. Wohl aber insofern, als sie vor der Rückwirkung der parlamentarischen Tätigkeit einer solchen Fraktion auf die Massen zittern, namentlich vor ihrer unarmherzigen grundsätzlichen Kritik an der heutigen Gesellschaftsordnung, denn sie macht die Ausgebeuteten sehend und gibt ihnen mit dem Ziele ihres Kampfes das Bewußtsein ihrer Macht. In diesem Zusammenhang begreift es sich, daß die diesmalige Reichstagswahl die bürgerlichen Schichten zu einer politischen Aktivität aufgepeitscht hat, die sie im Kampfe gegen Absolutismus und Junkertum noch stets vermiesen ließen.

So kann dieser Wahlkampf nicht als bloßes parlamentarisches Scharmüßel ausgefochten werden, er ist eine Generalschlacht von historischer Tragweite, ein Treffen zweier Welten. Der „Sammlung“ der Ausbeutenden muß das deutsche Proletariat die Sammlung aller guten Geister, aller Elemente

seiner Macht entgegenstellen: das klare Bewußtsein seiner geschichtlichen Aufgaben, den höchsten Idealismus und die unbeugsame revolutionäre Energie. Allein auf sich und die eigene Kraft angewiesen und doch gerade in dieser seiner Isolierung unübertwindlich, zieht es in den Kampf in der Richtung, die ihm sein sozialistisches Endziel weist. Seine Stärke beruht in der Erkenntnis: In diesem Zeichen wirst du siegen!

Vor der Entscheidung.

Wenn unsere Leser diese Zeilen in die Hand bekommen, trennen uns nur noch wenige Tage von der Hauptwahl, dem Hauptakt des Wahlkampfes. Mutvoll und tapfer haben unsere Genossinnen sich in die ersten Kampfereihen der Sozialdemokratie gestellt, um im Interesse ihrer Klasse und ihres Geschlechts zu wirken; um die politisch erregte Zeit des Wahlkampfes zu nutzen zur Propaganda für unsere Anschauungen, zur Anwerbung von Kämpfern für unsere Ziele. Um so mehr erfährt sie daher tiefe Erbitterung und loderner Zorn, daß sie beim Wahlakt als politische Rechtlose beiseite stehen und bei der endgültigen Entscheidung nicht mitwirken dürfen. Denn just ihre Beteiligung am Wahlkampf hat in ihnen die Erkenntnis vertieft und befestigt, daß es auch nicht eine politische Materie gibt, die nicht hemmend oder fördernd für das Leben der Frauen ist.

Die imperialistische Politik der Herrschenden, die die Kriegsgefahr in Permanenz erhält, läßt die Genossinnen mit Grauen an die Möglichkeit eines Weltkrieges denken, dem gerade die Proletarierinnen „Menschenopfer ungezählt“ zu bringen haben werden, weil ihre Söhne, ihre Gatten oder ihre Brüder zur „höheren Ehre des Vaterlandes“ mit ihrem Herzblut die neu erworbenen oder zu erwerbenden Kolonien düngen müssen. Aber auch die immer drückender werdenden Gutopfer, die diese Politik erfordert, die von den wahnsinnigen Rüstungen zu Wasser und zu Lande verschlungen werden, lasten mit bleierner Schwere auf den Schultern der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen. Die nimmer weichende Lebensmittelsteuerung, mit all ihren bösen Folgen für das Proletariat, ist in der Hauptsache dieser Politik geschuldet: für die arbeitenden Massen ein festeres und immer festeres Anziehen der Zoll- und indirekten Steuerfahne, infolge des unsinnigen Wettrüstens, für die Herrschenden ein lustigeres Sprudeln der schier unerschöpflichen Profitquelle und ein weiteres Verstärken ihrer Machtfülle.

Und diese Machtfülle wird in der skrupellosesten Weise gebraucht, um der Arbeiterklasse Rechte vorzuenthalten, ihr vorhandene Rechte zu rauben und Reformen zu hintertreiben, deren sie dringend bedarf zu ihrem Aufstieg und ihrer endgültigen Befreiung. Es sei nur daran erinnert, wie wenig in Deutschland von einer freiheitlichen Verfassung die Rede sein kann. Die bürgerlichen Parteien als Vertreter der herrschenden Klassen ließen absichtlich die günstigen Gelegenheiten vorübergehen, bei denen es ihnen ein Leichtes gewesen wäre, die Rechte des Volkes und ihrer parlamentarischen Vertretung zu erweitern. Sie versäumten diese Gelegenheit aus dem einfachen Grunde, weil ihnen „der König absolut“ gerade recht ist, solange er ihren Willen tut, solange das „persönliche Regiment“ dem „Kampfe“ gegen die aufstrebende Arbeiterklasse dient.

Es sei ferner daran erinnert, daß in Preußen, im größten deutschen Bundesstaat, dank dem elendesten aller Wahlsysteme zum preussischen Landtag, das Proletariat zum politischen Gelotendum verdammt ist. In der Folge haben die arbeitenden Massen bitter wenig Einfluß auf all die wichtigen Materien, über die — leider! — unsere Landtage zu entscheiden haben. Es sei daran erinnert, daß die preussische Reaktion der Reaktion im Deutschen Reich einen festen Rückhalt gewährt und sie voran treibt. Diese Tatsache wird erhärtet durch die geradezu unglaubliche Gehe gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und Arbeiterinnen, das just

gegenwärtig mehr denn je eine soziale Lebensnotwendigkeit für sie ist. Bedürfen sie seiner nicht allein schon, um die Verschlechterungen ihrer Lebenshaltung abzuwehren, die durch die agrarisch-kapitalistische Zollpolitik des Reiches herbeigeführt wird? Die Scharfmacher in Preußen eröffneten den Reigen, ihr Geschwister in Sachsen und Hamburg folgte nach, und in Bayern war es das Zentrum, das die Landesregierung zum Raube des Koalitionsrechtes der süddeutschen Eisenbahner treiben wollte. Und das vor den Wahlen! Wie wird erst nach ihnen der Tanz der Reaktion losgehen!

Der dringend notwendige Ausbau des Arbeiter-, Arbeiterinnen- und Kinderschutzes ist während der letzten Legislaturperiode fast ganz unterblieben, und soviel er in Angriff genommen ward (Bekanntmachung für Arbeiterinnen, Heimarbeiterschutz), beleuchteten die parlamentarischen Verhandlungen grell die widerliche Arbeiterschutzhetzelei der Besessenen, die vor jeder durchgreifenden Reform zurückstufen. Wie in der „Reichsversicherungsordnung“ die Interessen der arbeitenden Massen, insbesondere die der proletarischen Frauen und Kinder mit Füßen getreten sind, haben wir wieder und wieder in der „Gleichheit“ nachgewiesen.

Am parlamentarischen Kampf nicht teilnehmen zu dürfen, wo über unsere vitalsten Interessen entschieden wird, das ist hart und empörend. Doch Proletarierinnen geziemt es nicht, zu klagen, sondern zu kämpfen. Die Empörung ob unserer Rechtlosigkeit muß neben dem Borne ob all dem übrigen Unrecht, das wir als Angehörige der Arbeiterklasse zu ertragen haben, zum Ausdruck kommen in unserer intensiven, begeisterten und begeisternden Beteiligung am Wahlkampf. Dürfen wir gleich selber noch nicht wählen, so können wir doch Wähler werden, und je mehr wir für die Sozialdemokratie Wähler werben, desto früher wird auch der Zeitpunkt kommen, wo wir mit vollem Bürgerrecht ausgestattet am Wahlkampf teilnehmen und durch das, was weibliche Eigenart zu geben vermag, unser politisches Leben beeinflussen. Denn wo immer die Fahne der Sozialdemokratie entfaltet wird, da kämpft man auch treu für Frauenrechte. Darum auf, Genossinnen, nützen wir noch die wenigen Tage, um im Interesse unserer selbst und unserer Klasse die Entscheidung des Wahltages zu beeinflussen. Ein glänzender Sieg der Sozialdemokratie! so muß die Entscheidung fallen.

Luise Zieg.

Für unser Bürgerrecht.

Wo und wann immer es in den letzten Jahren um die Demokratie, um das Recht des Volkes ging, dessen eine große Hälfte die Frauen ausmachen, da haben die bürgerlichen Parteien des Reichstags Hägliche versagt.

Als das persönliche Regiment 1908 durch seine Gesprächigkeit das internationale Geschäft der industriellen, handelnden und spekulierenden Bourgeois gestört hatte, sollte es durch den Parlamentarismus seit an die Landare genommen werden. Also verkündeten unter großen, tönenden Phrasen die liberalen Blätter und Politiker. Liberale und Zentrümmer ließen es im Reichstag bei den Kolophonumblickten eines Theatergewitters bewenden. Sie haben ihre Position nicht genügt, um die Machtfülle des Kaisers durch das Recht des Parlamentes, der Volksvertretung einzuschränken. Kanzler und Minister sind nach wie vor lediglich die Diener ihres allerhöchsten Herrn, der Lukamus bringt sie und trägt sie fort, ohne daß der beschränkte Untertanenverstand über das Warum Aufklärung erhält. Ihm muß es genügen, daß er die Steuergroschen zusammenkriegen darf, um die Ministergehälter zu bezahlen. Und wie das Volk durch seine erwählten Vertreter nicht bei der Anstellung und Entlassung der höchsten Reichsbeamten mitspricht, so sind diese ihm auch keine Verantwortung für ihre Amtsführung schuldig. Für den Liberalismus hat sich eine der selbstverständlichsten Forderungen eines wirklich konstitutionellen Staates zu einem so belanglosen Etwas verflüchtigt, daß die „ganze und volle“ demokratische Fortschrittliche Volks-

partei in ihr Einigungsprogramm nicht einmal den alten Grundsatz der süddeutschen Fraktion übernommen hat: die Ministerverantwortlichkeit.

Bei dem Finanzreformschwindel trug es das zartbesaitete Gemüt des Herrn Müller-Reiningen mit Gottergebung, daß dem Volke eine neue Steuer- und Zollaast von 400 Millionen aufgeladen werden sollte, aber es rebellierte in tiefster sittlicher Entrüstung gegen die „unwürdige Expreßpolitik“, die Bedrängnis der Regierung auszumühen, um größere Rechte für das Volk zu erzwingen. Was Wunder da, daß in der berühmten Königsberger Rede der Absolutismus dreist wie je sein Haupt erhob und unter Mißachtung „des Blattes Papier“, das proletarische Rebellenhäute Preußen eroberten, herausfordernd die Theorie von „der Krone von Gottes Gnade allein“ verkündete. Und hat nicht erst im letzten Sommer der Panthersprung nach Agadir, hat nicht die Marokkopolitik des Länderraubes und Länderschachers mit ihrem Drum und Dran bestätigt, daß das Instrument des Himmels nicht bloß hinter dem Rücken, sondern auch auf dem Rücken des Volkes munter weiterpielt? Die bürgerlichen Parteien aber ließen die Ausschaltung des Reichstags in den Tagen internationaler Gewitterschwüle zu. Sie steckten die verfassungsgemäße Rechtsforderung in die Tasche, daß das Marokko-Kongo-Abkommen zwischen der deutschen und französischen Regierung zu seiner Gültigkeit die Zustimmung des Reichstags erhalten müsse.

Warum das alles? Weil die bürgerlichen Parteien ohne Unterschied der Regimentsnummer, die ihre Uniform trägt, am Ende doch lieber mit dem Junker Oldenburg gemeinsam dem Kaiser die Aufgabe zuweisen, einen Leutnant mit zehn Mann zur Auseinandersetzung der Volksvertreter zu kommandieren, als sie eine sozialdemokratische Majorität im Reichstag hinnehmen würden. Als politische Schutztruppe der Besitzenden ist ihnen der gewalttätigste, blutigste „Umsturz“ des Reiches „von oben“, der jeder fortschrittlichen Entwicklung Wege und Stege sperrt, das kleinere Übel, verglichen mit der friedlichsten Nachtbetätigung des Proletariats, die mit der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln alle Springquellen einer höheren Kultur erschließen wird.

Diese geschichtlich begründete Tatsache spricht auch aus der Stellung der bürgerlichen Parteien zur Frage eines wirklich demokratischen Wahlrechtes. Der Hauptschlacht dafür, in der preussischen Wahlrechtskampagne geschlagen wird, sind sie feige ausgewichen, wenn sie den Kämpfenden nicht gar fückisch in den Rücken gefallen sind. Unverlöblich bleibt das Verhalten der Zentrümmer, Nationalliberalen und Fortschrittler den proletarischen Massen ins Gedächtnis gebrannt, von den offenen Konservativen Wahlrechtsfeinden nicht erst zu reden. Auch die bürgerlichen Demokraten geben im Reichstag das Recht der Arbeiter auf die Straße den Polizeiverfügungen und Polizeiknüppeln preis, und der süddeutsche Volksparteiler v. Bayer segnete im Namen der Ordnung auf Vorschuh die Bajonette und Maschinengewehre, die die Regierung gegen die Wahlrechtskämpfer in Bereitschaft hielt. Und das, obgleich nur politische Bettler und Kinder hoffnungsvolle Toren sein können, die ein demokratisches Wahlrecht in Preußen als Geschenk des Geldsachparlaments erwarten und nicht als den Preis von Massenkämpfen. Kein Sturm der Entrüstung hat im deutschen Reichstag des allgemeinen Wahlrechtes des Reichstagslangler unmöglich gemacht, der als Ministerpräsident in Preußen hinter den Wällen des Dreiklassenhauses dieses Wahlrecht und die Demokratie in der verächtlichsten Weise geschmäht hatte. Aber freilich: im Grunde wird das allgemeine Reichstagswahlrecht selbst den bürgerlichen Parteien mit jedem Machtzuwachs unbequemer und verhasster, den es den „Reuterern“ wider die göttliche Ordnung der kapitalistischen Profitmacherei verleihet. Daher hüten sie sich auch wie der Teufel vor dem Weihwasser vor einer Erweiterung des Reichstagswahlrechtes, welche die wirksamste Sicherstellung gegen die Umsturzgelüste der Junker und Scharfmacher wäre.

Der Kapitalismus häuft in Großstädten und Industriezentren Riesenhäere von Proletariern zusammen, die um einen

Teil ihres politischen Rechts geprellt werden, weil keine Neueinteilung der Wahlkreise erfolgt, die diese Bevölkerungsbeziehung berücksichtigt. Was schert das die bürgerlichen Parteien, die der ungerechten Wahlkreiseinteilung Mandate auf Kosten der Sozialdemokratie verdanken? Die kapitalistische Ausbeutung zwingt den Proletarier in den Kampf ums Dasein, kaum daß er die Schulbank verlassen hat, sie kürzt seine Lebensdauer beträchtlich ab, knapp bemessen ist die Zeit, in der er seine Interessen mit der Waffe des Bürgerrechts verteidigen kann. Die Herabsetzung der Wahlmündigkeit auf das 20. Lebensjahr ist eine soziale Notwendigkeit für Hunderttausende junger Proletarier, die reif befunden werden, im bunten Rock den Beutel der Besitzenden gegen den äußeren und inneren Feind zu schirmen. Die bürgerlichen Parteien aber verhöhnern die Rechtsforderung Mündiger als das Geschrei „grüner Jungen“, als die politische Emanzipation der „Säuglinge“.

9 $\frac{1}{2}$ Millionen Frauen, die im Hauptberuf erwerbstätig sind, 3 $\frac{1}{2}$ Millionen, die nebenberuflich dem Verdienst nachgehen, mehren mit Hand und Hirn den materiellen und kulturellen Reichtum im Deutschen Reich. Sie mühen sich schaffend wie die Männer, sie tragen gleich ihnen alle Lasten des Kampfes ums Brot. Hinter ihnen stehen Millionen von Hausmüttern, die mit klugem Sinn und nimmerrastenden Händen zum Besten der Familie das Wenige verwalten, das der Mann erwirbt, die unter Sorgen und Plagen Kinder erziehen, der Gesellschaft zum Nutzen. Wozu mancher Dividendenproß und mancher regierende Fürst unfähig ist, das tun sie: sie leisten gesellschaftlich notwendige, wertvolle Arbeit. Alle diese Frauen bedürften vollen Bürgerrechts, um den Staat, die Gesellschaft zur Rücksicht auf ihr Wohl und Wehe zu zwingen. Ist es nicht heilige Pflicht für sie, sich um der Ihrigen willen gegen die Ausplünderung durch das Unternehmertum, durch den Zoll- und Steuervucher des Reichs zur Wehr zu setzen, für ihr Fleisch und Blut durchgreifende soziale Fürsorge, ausreichende Bildungsgelegenheit zu heischen? Aber die Millionen Frauen, ohne deren Arbeit das Räderwerk des Wirtschaftslebens stillstehen müßte, die Gesellschaft nicht auszukommen vermöchte: sie sind politisch rechtlos. Und das, obgleich ihre arbeitende Existenz die volle soziale Rechtfertigung ihres politischen Anspruchs ist.

Die bürgerlichen Parteien haben weder ein Auge für den endlosen Zug schwerbehindeter Weiber, denen ihr Bürgerrecht Stab und Stütze sein könnte, noch ein Ohr für den Schrei nach Gerechtigkeit, der von Millionen Frauenlippen zittert. Mit den urältesten Gemeinplätzen des Philistertums, mit Spässen, die keine Spur von Geist erträglich macht, tun sie das Frauenwahlrecht ab. Hat sich nicht die Fortschrittliche Volkspartei geweigert, diese Forderung in ihr Programm aufzunehmen, und ergreifen nicht manche ihrer Führer jede Gelegenheit, um die Sache und ihre Vorkämpfer zu höhnen? Weiße Raben sind diejenigen ihrer Kandidaten, die sich in der gegenwärtigen Wahlkampagne klipp und klar verpflichtet haben, für das Frauenwahlrecht einzutreten. Die Fortschrittliche Volkspartei aber bezeichnet sich auf ihrer Visitenkarte als die Hüterin des demokratischen Prinzips. Welch eine Selbstverhöhnung, Welch eine Schmach!

Die bürgerlichen Parteien finden sich als die eine reaktionäre Masse bei dem Notau vor dem Gottesgnadentum einer Familie zusammen, wie bei der Verteidigung des Gottesgnadentums eines Geschlechts. So schließt sich der Ring ihres Verhaltens zu den Forderungen der Demokratie. Die Macht des toten Besitzes geht vor dem Rechte des lebendigen Menschen, das ist die Lofung, der sie gehorchen.

Nur die Sozialdemokratie trägt im Wahlkampf wie in den großen politischen Schlachten dieser Zeit überhaupt den Massen das Banner der Demokratie voran. Sie beugt sich nicht mit den bürgerlichen Parteien dem hochmütigen Spruch: Des Königs Wille ist das höchste Gesetz, sie beantwortet ihn kühn mit dem Rufe: Es lebe die Republik! Sie stellt der „Affenkomödie“ der Wahlrechtsreform im preu-

fischen Dreiklassenparlament und in anderen hohen Häusern die Sammlung der Massen zum Kampfe für das volle unbeschränkte Wahlrecht aller Grobjährigen entgegen. Sie täuscht sich nicht darüber, daß im Ringen für Bürgerrecht nicht die scheinbare Weisheit der Staatsmänner das letzte Wort hat, sondern die Macht opferwilliger Massen. Der Reichstagswahlkampf der Sozialdemokratie ist der Auftakt zum Massenaufmarsch für die Rechte der Demokratie. Vorwärts, Proletarierinnen! Mit der Sozialdemokratie, für die Sozialdemokratie in den Kampf um unser Bürgerrecht!

Zur Lage der Heimarbeiterinnen in der Hutfabrikation.

Von Johannes Heiden.

I.

Die Hutfabrikation ist einer jener Zweige der Heimarbeit, die ausschließlich oder doch vorwiegend Frauen beschäftigen. Die Lage der Heimarbeiterinnen in dieser Branche wird in zwei Abhandlungen beleuchtet, welche in der Sammlung* von Monographien aus der Heimarbeit enthalten sind, die zur Frankfurter Heimarbeitsausstellung des Jahres 1908 gehörten und später vereint in Buchform erschienen sind. Die eine Monographie behandelt die Strohhutfabrikation in Darmstadt und ist von Dr. jur. et phil. Artur Human, Syndikus der Handelskammer in Darmstadt verfaßt, die andere, von mir verfaßte, erstreckt sich auf die Hutfabrikation in Frankfurt a. M., im Taunus und im Vogelsberg.

Die Heimarbeit in der Hutfabrikation verrichtet fast nur Nebenarbeiten: Garnieren von Herren-, Damen- und Kinderhüten; nur Strohhüte werden auch von Heimarbeiterinnen vollständig hergestellt. Das Garnieren besteht in der Anbringung des Leders im Innern des Hutes, des Einsaßbandes am Hutrand, des Kopfbandes mit Schleife und des Sturmbandes. Alle diese Arbeiten werden in der Hausindustrie sowohl bei weichen wie bei harten Hüten mit der Hand verrichtet. Die Nadel ist das einzige Werkzeug, das hierbei Verwendung findet. Zum Garnieren gehört weiter die Anbringung des Fußes bei Damenhüten. Das Nähen der Plüschklappen für Seidenhüte (oberer Teil, Deckel) wird ebenfalls mit der Hand besorgt, und auch hierbei wird als Werkzeug nur die Nadel verwendet und als Arbeitsmaterial Seide. Den gleichen einfachen Vorgang finden wir beim Nähen des Seidenfutters für Zylinder, das von der Heimarbeiterin zusammengenäht und in der Fabrik in den Hut getan wird. Dagegen werden beim Nähen von Strohhorten Maschinen mit Fußbetrieb verwendet. In den Fabriken ist es motorische Kraft, die die Maschinen treibt.

Die Ausbildung der Heimarbeiterinnen ist sehr verschieden. Viele von ihnen haben vor ihrer Verheiratung in Fabriken gearbeitet und nach der Heirat ihre Arbeit zu Hause fortgesetzt. Die Lehrzeit ist für Arbeiterinnen, die sich nur mit Garnieren beschäftigen, recht kurz; sie beträgt gewöhnlich zwei bis sechs Wochen. Strohhutnäherinnen müssen dagegen eine längere Lehrzeit von neun bis zwölf Monaten und Putzmacherinnen eine solche von ein bis zwei Jahren durchmachen. Für die in kleinen ländlichen Gemeinden gelegenen Fabriken werden, wenigstens zur Saison, fast immer zur Heimarbeit die Frauen der Hutmacher herangezogen, die in dem Betrieb beschäftigt sind. Die meisten Frauen sehen das als ganz selbstverständliche Pflicht an.

Verglichen mit der Heimarbeit in anderen Gewerben, zeigt die Heimarbeit in der Hutfabrikation noch lange nicht die schlechtesten Zustände. Trotzdem machen sich auch in ihr eine ganze Reihe der Erscheinungen geltend, die als typisch für die Mißstände in der Heimarbeit bekannt sind. In erster Linie sind

* „Die Heimarbeit im rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet“, Monographien, herausgegeben im Auftrag des Wissenschaftlichen Ausschusses der Heimarbeitsausstellung Frankfurt a. M. 1908 von Professor Dr. Paul Arndt, Jena, Gustav Fischer. Der Band enthält in den vereinigten etwa 30 Monographien viel Material, das Beachtung verdient, wenn man auch die Schlussfolgerungen ablehnen mag, zu denen die Verfasser vieler einzelner Abhandlungen kommen.

da Beschäftigungsbauer und Beschäftigungsgrad zu nennen, ebenso die Höhe der Löhne, die nicht die Existenz auch nur der alleinstehenden Arbeiterin ermöglichen, geschweige denn sie befähigen, Angehörige zu unterhalten. Während der Saison von 6 bis 8 Monaten wird die Beschäftigung zuweilen sehr erheblich ausgedehnt, und der Arbeitstag übersteigt dann weit das zulässige Maß. Für die große Zahl von Heimarbeiterinnen, die noch einen Haushalt zu besorgen haben, besteht schon bei normaler Beschäftigung die Notwendigkeit, die Erwerbsarbeit hauptsächlich in die späten Abend- und Nachtstunden zu verlegen, weil nur während dieser Zeit an ein ungestörtes Fortschreiten der Arbeit zu denken ist. So erklärt es sich, daß 4 bis 6 Stunden Nachtarbeit die Regel auch bei vielen Heimarbeiterinnen ist, deren tägliche Arbeitszeit auf den ersten Blick nicht als lang erscheint. Wie weit die Nachtarbeit verbreitet ist, geht daraus hervor, daß von 79 Heimarbeiterinnen, von denen Angaben vorliegen (bei zirka 250 bis 270 beschäftigten Heimarbeiterinnen in dem bezeichneten Gebiet), 47 erst gegen 10 Uhr abends und noch später ihr Tagewerk beenden, davon zirka 20 erst gegen Mitternacht. Viele benützen auch die frühen Morgenstunden, um ungestört arbeiten zu können. Sonntagsarbeit ist nicht selten, und sie wird zur Zeit der flotten Saison oft bis auf 10 Stunden ausgedehnt.

Der Lohn ist Stücklohn; er ist während des ganzen Jahres gleich, steigt in der Saison nicht und fällt auch nicht in der stillen Zeit. Er ist örtlich verschieden und zeigt auch kleine Differenzen nach der Qualität der Hüte. Besonders bei den Filzhüten für Herren werden die geringeren Qualitäten etwas schlechter bezahlt als die besseren. Nach den Angaben der Arbeiterinnen ist aber die Arbeit bei den geringeren Qualitäten eher schwieriger als bei den besseren. Das Material ist härter und leistet der Nadel mehr Widerstand als das der besseren Qualität. Und die Bearbeitung (Garnieren) muß auch bei den Hüten geringerer Qualität genau so sorgfältig sein wie bei den anderen. Für das Garnieren eines harten Herrenhuts erhält die Arbeiterin 12 bis 18 Pf. Das vollständige Garnieren eines weichen Herrenhuts trägt dagegen der Näherin nur 8 Pf. pro Stück ein, und bei Strohhüten sinkt der Lohn auf 3 bis 5 Pf. Für Damenhüte schwanken die Preise nach Art der Garnitur; einfaches Garnieren, das heißt Einsetzen von Futter und das Anbringen des Kopfbandes mit Schleife wird mit 4 bis 5 Pf. pro Stück bezahlt; für elegantere Garnituren steigt der Lohn bis zu 25 Pf. Sie erfordern natürlich einen erheblichen Zeitaufwand. Für das Garnieren eines Seidenhuts erhält die Arbeiterin je nach Qualität des Hutes 14 oder 16 Pf. und für das Nähen der Plüschlappe zum Zylinder 10 Pf. pro Stück, und das Nähen des Seidenfutters zum Zylinder wird mit 7 Pf. pro Stück bezahlt.

Die Löhne verringern sich noch um die Unkosten für Garn, Seide, Wachs und Nadeln, die zwar nicht sehr hoch sind, bei den geringen Löhnen aber doch ins Gewicht fallen. In einigen Fällen wird den Arbeiterinnen Garn und Seide geliefert. Für die in den Großstädten wohnhaften Arbeiterinnen kommen auch als Unkosten noch die Aufwendungen für Trambahn und der oft 3 bis 4 Stunden betragende Zeitverlust bei der Ablieferung hinzu, die gewöhnlich wöchentlich einmal erfolgt. Ohne Berücksichtigung der Unkosten finden wir Stundenverdienst von 6 bis 42 Pf. verzeichnet. Die hohen Sätze werden nur von einigen wenigen Arbeiterinnen erzielt, die seit 10 bis 20 Jahren eine Spezialarbeit verrichten, wie das Nähen von Futter für Seidenhüte. Für die meisten Arbeiterinnen dürfte der Stundenlohn 20 bis 22 Pf. nicht übersteigen, für nicht wenige bleibt er unter diesem Betrag. Es wurde aus dem Lohnbuch einer Hutgarniererin, in das von einem Fabrikangestellten Arbeiten und Lohn eingetragen werden, festgestellt, daß die Arbeiterin während eines vollen Jahres 263,07 Mk. verdient hatte. Die Arbeiterin war 32 Jahre alt, verheiratet und Mutter von zwei Kindern im Alter von acht und zwei Jahren. Seit acht Jahren war sie als Heimarbeiterin beschäftigt. Zeiten völliger Arbeitslosigkeit hatte sie gar nicht zu verzeichnen; ihr höchster Verdienst für die Lohnzahlungsperiode von zwei Wochen hatte 14,60 Mk., der

niedrigste 4,88 Mk. betragen. Sie arbeitet bei normalem Beschäftigungsgrad täglich 8 bis 9 Stunden, in der Saison zuweilen 11 bis 12 Stunden, trotzdem erreicht sie nur einen Durchschnittsverdienst von 5 Mk. in der Woche.

Mutter und Kinder in der Armenpflege.

Auf dem Kongreß der fortschrittlichen Frauenvereine in Berlin am 28. September 1911 erklärte Frau Ehrlich: „Für die alleinstehenden Frauen mit mehreren Kindern ist eine Erhöhung der Armenunterstützung zu verlangen.“ Diese bescheidene Forderung ist so selbstverständlich — jedenfalls für Sozialdemokraten —, daß keine Veranlassung vorläge, davon an dieser Stelle Notiz zu nehmen. Das um so weniger, als sie in bürgerlichen Kreisen nicht die geringste Beachtung gefunden hat und auch nicht zu erwarten ist, daß diese die Lage der armen alleinstehenden Frauen verbessern werden. Wichtig ist jedoch die Tatsache, daß es selbst von diesem Kongreß bürgerlicher Frauen für nötig erachtet wurde, auf die Lage der Frauen mit Kindern in der Armenpflege hinzuweisen. Sie läßt erkennen, daß die Lage der alleinstehenden Frau mit mehreren Kindern ein ganz besonderes Kapitel des fürchterlichsten Elends und zugleich der Schande der heutigen Gesellschaft darstellt.

Solche Frauen fallen — soweit sie vermögenslos sind und keine Rente beziehen — fast durchweg der Armenpflege anheim. In den Großstädten wird für sie verhältnismäßig noch am besten gesorgt, weil hier das Armenwesen am geregeltsten — und der Einfluß der Sozialdemokratie am stärksten ist. Trotzdem ist auch in den Großstädten die Unterstützung noch eine ungenügende, oft eine jämmerliche. Aber wesentlich schlimmer sind die alleinstehenden bedürftigen Frauen mit Kindern in den kleinen Orten daran, besonders in den Dörfern. Von allen traurigen Zuständen im Armenwesen ist tatsächlich die Behandlung dieser Frauen die traurigste und empörendste Erscheinung. Eine Statistik gibt es hierüber nicht, und die stummen Zahlen könnten auch nur wenig künden. Eine Aufzählung aller einzelnen Fälle aber würde viele Bände füllen mit Bildern des schrecklichsten Elends, aber auch der Herzlosigkeit gewisser Kreise der herrschenden Klassen und vor allem: des großen Heldentums jener armen alleinstehenden Frauen, die mit einem bewundernswerten Mut unter unsagbaren Opfern und harter, rastloser Arbeit und Mühe ihr furchtbares Los ertragen und für ihre Kinder kämpfen. Zum Beweis dafür seien einige typische Beispiele wiedergegeben, die tausendfach vermehrt werden könnten. Und das muß dabei festgehalten werden: diese Beispiele sind nicht etwa aus den östlichen Jüngerfeldern zusammengetragen worden, wo die Zustände im Armenwesen am traurigsten sind, oder aus armen Dörfern des Odenwaldes, Fichtelgebirges oder Erzgebirges. Sie stammen vielmehr aus Bororten einer Großstadt mit verhältnismäßig wohlhabender Bevölkerung und geringen Armenlasten.

Eine Frau mit fünf kleinen Kindern, von denen das älteste zehn Jahre alt ist, erhält keinerlei Unterstützung vom Ehemann, der ein unheilbarer Säufer ist, weshalb die Ehe getrennt wird. Die Familie hat ihren Unterstützungswohnsitz verloren, ist landarm, und die Gemeinde hat deshalb die Unterstützung nicht selbst zu tragen, sondern nur auszulegen, das Geld wird ihr vom Landarmenverband zurückerstattet. Aus diesen Gründen erhält die Frau auch eine wesentlich höhere Unterstützung, als die Gemeinden bezahlen: 8 Mk. pro Woche und freie Wohnung im Armenhaus. Aber schon die geringe Verwaltungsarbeit wird lästig empfunden, die solche Ortsarmen verursachen. Dazu kommt, daß die Kinder den Schuletat belasten, während die Frau weder Steuern noch Schulgeld bezahlen kann. Die Gemeindeverwaltung gibt sich deshalb alle Mühe, die Familie abzuschicken. Die „Wohnung“ im Armenhaus — eine alte, baufällige Hütte — ist ein kleines, elendes Loch, in dem die Frau mit fünf Kindern unmöglich längere Zeit hausen kann. Die Armenbehörde rät ihr auch, sich eine Wohnung zu suchen, die Miete soll ihr bezahlt werden. Obwohl die Frau ordentlich und sehr fleißig ist — sie steht vom frühen Morgen bis spät

in die Nacht für ein Geschäft in Dresden — die Kinder auch auf das beste erzogen sind, erhält sie doch im ganzen Dorfe keine Wohnung, denn alle Hausbesitzer sind von ihrer Lage unterrichtet. Die wenigen, die vielleicht selbst kein Interesse daran haben, daß die Familie abgeschoben wird, fürchten Unannehmlichkeiten, wenn sie die Frau ins Haus nehmen. Man rät dieser, in einem Nachbarort eine Wohnung zu suchen, wo sie unbekannt ist. Hier kommt sie auch unter — die erste Gemeinde ist die Familie los.

Nun aber wird der Leidensweg der Frau erst recht qualvoll. Die neue Gemeinde gibt ihr zunächst nur 3 Mk. Unterstützung pro Woche, denn sie zahlt ihren Ortsarmen nicht mehr und befürchtet, daß diese mit Forderungen kommen werden, wenn sie erfahren, daß Landarme höhere Unterstützungssätze erhalten. 8 Mk. erhielt die Frau mit vieler Mühe und nach vielen Lausereien wieder auf Veranlassung der Regierungsbehörde. Aber nun wird ihr die Wohnung gekündigt! Man hat dem Hauswirt gesagt, er werde die Souterrainingwohnung seines Hauses nicht mehr vermieten dürfen, wenn er Leute ins Haus aufnehme, welche die Gemeinde belasten. Tagtäglich rennt nun die Armste umher, Wohnung zu suchen, niemand nimmt sie auf, denn schon sind alle Hausbesitzer von ihren Verhältnissen unterrichtet. Während der zwei Monate, welche die Frau im Orte wohnte, ist sie nicht zur Ruhe und zum Arbeiten gekommen. Mitten im Winter steht sie nun, hochschwangeren Leibes, mit ihren fünf Kindern auf der Straße. Im Armenhaus ist nur noch die „Krankenstube“ frei, ein kleines Kämmerchen; hier wird sie nun untergebracht; hier schenkt sie dem sechsten Kinde das Leben. Schließlich findet sie wieder in einer andern Nachbargemeinde eine Wohnung — und auch die zweite Gemeinde ist die Familie los!

Das Abschiebungsverfahren beginnt hier nun wieder in derselben Weise: nach dem ersten Monat wird der Frau die Wohnung gekündigt. Der Gemeindevorstand läßt den Hausbesitzer dazu einfach durch den Ortsdiener auffordern. Verzweifelt läuft das arme Weib wieder umher, um eine Wohnung zu erhalten; niemand vermietet an die Familie. Eine Zeitlang haust diese nun in einem dunklen Kellerloch, das gar nicht vermietet werden darf. Endlich findet die Frau in Dresden eine Wohnung. Nun hat sich auch die dritte Gemeinde diese Familie vom Hals geschafft.

In Dresden beginnt nun wieder dasselbe Spiel: die Armenverwaltung weigert sich, die Miete zu bezahlen — obwohl sie das Geld vom Landarmenverband zurückbekommt! — und die Frau mit ihren sechs Kindern wird auf die Straße gesetzt. Was wir erzählen, hat sich in jeder Einzelheit so zugetragen. Wie ein wildes Tier ist das betreffende arme Weib mit ihren Kindern von Ort zu Ort gehezt worden; während eines vollen Jahres konnte die Familie keine Ruhe finden. Und das gekennzeichnete indirekte Abschiebungsverfahren wird ganz allgemein geübt in tausenden von Fällen.

Die Landarmen Familien sind aber trotzdem in den kleineren Orten vielfach noch wesentlich besser daran, als die anderen Ortsarmen. Denn diese erhalten in der Regel viel weniger an Unterstützung. In Vororten von Dresden, wo großstädtische Lebensverhältnisse herrschen, erhält eine allein stehende Frau, wenn sie arbeitsfähig ist, für sich nichts, nur für jedes Kind pro Woche eine Mark. Einer Witwe mit fünf Kindern im Alter von vier bis zwölf Jahren wurden 5 Mk. pro Woche gewährt; eine Zeitlang aber gar nur 2 Mk., dann 4 Mk., schließlich 3 Mk. Frauen mit drei Kindern erhalten höchstens 3 Mk., vielfach nur 2 Mk. pro Woche und kein Wohnungsgeld. Es dürfte allgemein bekannt sein, welche Behandlung und welche Demütigungen solche Frauen in kleineren Orten erfahren. Als Ausgestoßene, wie Verbrecher werden sie vielfach behandelt.

Mit der Einführung der Witwen- und Waisenversicherung wird an der Lage dieser Frauen nichts oder nicht viel geändert. Nur ein Teil der Witwen fällt unter die Versicherung. Die Unterstützungssätze sind so gering, daß die Armenunterstützung trotzdem noch wird einsehen müssen. Schließlich handelt es sich

aber auch nicht immer um Witwen und Waisen, sondern oftmals um eheverlassene Frauen, deren Ehemänner zum Unterhalt der Familie aus irgend einem Grunde nichts beitragen oder beitragen können: um Familien von Trinkern, geistig Minderwertigen, zwangsweise Unterbrachten usw.

Eine bessere Unterstützung und Versorgung dieser Armen zu erreichen, hält in den meisten Orten sehr schwer. Für nichts sind die bürgerlichen Mehrheiten in den Gemeindeparlamenten schwerer zu haben, als für Armenausgaben. Sehr nützlich könnte es sein, wenn sich dieser Frauen und Kinder die Kinderschutzkommissionen annehmen würden, vor allem in den kleineren und mittleren Städten und in den Dörfern. Sie könnten ein großes und wertvolles Material zur Beleuchtung der vorliegenden tieftraurigen Zustände sammeln. Durch Besprechen der einzelnen Fälle in Versammlungen und in der Presse vermöchten sie außerdem hier und da einen wirksameren Druck auf die Gemeindeverwaltungen ausüben, als die kleine sozialdemokratische Minderheit im Gemeindeparlament.

Edmund Fischer.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. „Die Frauen und die Reichstagswahlen“, so lautete das Thema, das Genossin Fiech in Leipzig, Markranstädt und Gommern in stark besuchten Versammlungen behandelte. Aber „Zerung, Kriegsgefahr und Reichstagswahl“ sprach dieselbe Genossin in überfüllten Versammlungen in Begegnung und Gemelungen. Im letzteren Ort verbot der Landrat die Versammlung, weil sie am Ruhstag stattfand. Der Vorsitzende Genosse F r a s u n k e w i z machte daraufhin den Vorschlag, die öffentliche Versammlung zu einer Mitgliederversammlung umzuwandeln, und forderte zu dem Zwecke die Nichtmitglieder auf, den Saal zu verlassen. Das geschah. Im Vorraum traten zirka hundert Personen dem sozialdemokratischen Verein bei und erwirkten sich damit das Recht der Beteiligung an der Versammlung, die nun ungehindert tagen konnte und mit großem Interesse und lebhafter Begeisterung das Referat entgegennahm. Daß hundert bisher Nichtorganisierter Ruhe tun und ihrer Parteiorganisation beitreten würden, diesen „Erfolg“ seines Verbots hatte der Herr Landrat jedenfalls nicht vorausgesehen. Der unfreiwilligen Unterstützung des Herrn unseren Dank. 30 bis 50 Neuaufnahmen von Mitgliedern brachten übrigens auch die anderen Versammlungen. Wenn unsere Genossinnen überall gut die Agitationsversammlungen während der Wahlzeit benutzen, werden wir im Wahljahr auch mit unserer Organisation günstige Fortschritte machen. L. Z.

Im Auftrag des Parteisekretariats des Wahlkreises Quedlinburg-Afcherleben sprach die Unterzeichnete in der Zeit vom 28. November bis 3. Dezember in Versammlungen zu Afcherleben, Staßfurt, Quedlinburg, Aken, Calbe und Schönebeck über das Thema: „Die Vergeltung naht!“ Der Versammlungsbesuch war in allen Orten sehr gut. Nur Staßfurt machte hiervon eine Ausnahme. Das ist um so bedauerlicher, als gerade dort die Arbeiter in der Kaliindustrie sehr ausgebeutet werden. In den zahlreichen chemischen Fabriken und in den ausgedehnten Salzbergwerken müssen die Arbeiter für largen Lohn fronden. Zum großen Teil gehören die Bergwerke dem Staate, und daraus erklärt sich wohl auch die Scheu der Arbeiter, unsere Versammlungen zu besuchen. Hoffentlich haben sie am Tage der Wahl etwas mehr Mut, als nur die Faust in der Tasche zu halten. Besonders hervorzuheben ist die Versammlung in Quedlinburg. Der große Saal war überfüllt, so daß Hunderte der Zuhörer stehen mußten. Hier hatte nicht allein das Interesse für die Reichstagswahlen, nicht nur der Zorn über die Wucherpolitik der herrschenden Parteien die große Zahl der arbeitenden Männer und Frauen in die Versammlung getrieben, noch ein besonderer Umstand ließ die Wellen der Empörung unter der Arbeiterschaft sehr hoch gehen. Kurz vorher hatten in Quedlinburg die Stadtverordnetenwahlen stattgefunden, und bei dieser hatten sechs Arbeiter der Firma Gebrüder D i p p e, Gärtnerei und Samenzüchtung, es gewagt, öffentlich für den Kandidaten der Sozialdemokratie zu stimmen. Auf Grund einer Denunziation des nationalen „Arbeitersekretärs“ Krause wurden darauf die sechs Arbeiter — sämtlich Familienväter — entlassen. Unter ihnen befand sich auch ein 68jähriger Mann, der 16 Jahre bei der Firma gearbeitet hatte. Dieser rohe Gewaltstreich des Unternehmers, der da glaubt, seine Lohnsklaven hätten ihm nicht nur ihre Arbeitskraft, sondern auch ihre Gesinnung verkauft, entfesselte in der Arbeiterschaft einen

Sturm der Entrüstung. In der Versammlung wollten nun die Arbeiter Abrechnung mit dem nationalen „Arbeitersekretär“ halten. Dieser hatte es aber trotz schriftlicher Aufforderung vorgezogen, nicht zu erscheinen. Die Versammelten waren sich alle einig darüber, daß sie am besten Vergeltung für die Unternehmervillfür üben durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels am 12. Januar. Eine größere Anzahl Parteimitglieder und auch Abonnenten für die Parteipresse wurden auf der Tour gewonnen.

Margarete Kaschowski.
Eine Agitationstour durch den braunschweigischen Harzkreis führte die Unterzeichnete in die Orte Gattienstedt, Timmrode, Zorge, Hohegeiß, Braunlage, Rübeland-Neuwerk und Hasselfelde. Die Tagesordnung lautete: „Die Frauen und die bevorstehenden Reichstagswahlen“. Der Harzkreis ist ein abseits liegendes Stück des ersten braunschweigischen Wahlkreises. Durch seine Bevölkerung geht seit langem der Geist des Sozialismus. Man kann wohl sagen, daß die Hälfte Sozialdemokraten sind — wenn zum Teil auch nur aus dem Gefühl heraus. Wenigstens ist in dem Kreise stets eine ansehnliche Stimmzahl für den sozialdemokratischen Kandidaten aufgebracht worden. Die Versammlungen waren denn auch — ausgenommen die in Zorge — gut, ja außerordentlich gut besucht. Trotzdem in Braunschweig, bis das neue Vereinsgesetz in Kraft trat, an den politischen Versammlungen die Frauen nicht teilnehmen durften, haben sich diese nun schon an den Besuch politischer Veranstaltungen gewöhnt. Nur in Hohegeiß war keine Frau in der Versammlung anwesend, sonst waren sie überall zahlreich vertreten. Und die Frauen haben nicht nur den Vortrag mit sichtlichem Interesse verfolgt, sondern es traten auch eine Anzahl von ihnen den sozialdemokratischen Ortsvereinen als Mitglieder bei. In den meist kleinen Orten ist wohl eine entwickelte Industrie vorhanden, doch spielt für sie die Frauenarbeit fast keine Rolle. Nichtsdestoweniger sind die Frauen mit Mühen und Plagen überlastet. Bei dem niedrigen Verdienst der Männer ist beinahe jede Familie darauf angewiesen, ein Stückchen Acker zu bebauen und etwas Vieh zu halten. Die Hauptlast der Wirtschaft fällt den Frauen zu. Sie müssen dem harten Boden die Früchte förmlich abringen, und in dem ausgezogenen Schwein fiedt vor allem ihre Kladderel. Die gesamte Arbeiterbevölkerung dieses herrlichen Gebirgslandes kommt nur selten zum Genuß all der Schönheiten, die Tausende von Fremden alljährlich dorthin führt. Nach getaner Arbeit haben die Männer nicht selten lange Nachhausewege. Die Sonntage dürfen auch durchaus nicht immer der Erholung dienen. In der Wirtschaft der Familie gibt es immer auch für den Mann zu tun. So besonders im Sommer. Ist das Gras zu mähen, so zieht man wohl Sonnabend abend auf die fernliegende Wiese und übernachtet dort, um am frühen Morgen gleich mit der Arbeit beginnen zu können, die erst spät abends abgebrochen wird. So ist das Leben dieser Gebirgsbewohner ein stetes Ringen um die Existenz. So haben es denn auch viele von ihnen begriffen, daß die sozialen Verhältnisse unbedingt geändert werden müssen. Diese Überzeugung hat die Politik unserer Gegner in den letzten Jahren besonders gestärkt. Bei den Wahlen wird das sicherlich zum Ausdruck kommen.

Frida Wulff.

Von den Organisationen. In zwei gut besuchten Versammlungen für die weiblichen Mitglieder der sozialdemokratischen Parteiorganisation von Altona und Wilhelmsburg sprach Genossin Brandenburg im Dezember letzten Jahres über „Sittlichkeit und sexuelle Erziehung“ und „Sexuelle Aufklärung in der Familie“. Die besonders in Wilhelmsburg sehr zahlreich erschienenen Genossinnen folgten mit großem Interesse dem Vortrag, der die Forderungen der modernen Pädagogik berücksichtigte und unter anderem ein planmäßiges Zusammenwirken von Schule und Haus befürwortete. Anschließend Vorlesungen aus dem vom Dürerbund herausgegebenen Buch: „Am Lebensquell“ beleuchteten trefflich das Neuland der sexuellen Erziehung. So wurde in dieser wichtigen Frage ein Stück Aufklärungsarbeit geleistet. Erwähnt sei, daß die meisten Genossinnen sich noch nicht mit der Frage beschäftigt hatten. Lebhaft wurden Wiederholungen ähnlicher Vorträge gewünscht.

Die Hamburger Genossinnen haben sich rüstig für den politischen Kampf vorbereitet. Seit Oktober sind acht Versammlungen abgehalten worden. Über „Die Frau und die sozialistische Presse“ referierte Redakteur Genosse Köpke. Er betonte die Notwendigkeit von regelmäßig erscheinenden Artikeln, die die Frau als Hausfrau, Mutter, Erwerbstätige und Staatsbürgerin interessieren. Die Genossinnen und Leserinnen der sozialdemokratischen Tagesblätter dürften nicht aufhören, ihren Anspruch auf die Berücksichtigung ihrer besonderen Bedürfnisse geltend zu machen. „Die

Frau als Trägerin des Genossenschaftslebens“, so lautete das Thema, das Genosse Guffmeier behandelte. Der Referent würdigte die Mitgliedschaft der Frau in einem Arbeiterkonsumverein als eine Vorschule der Frau für ihre spätere gewerkschaftliche und politische Betätigung. Die Genossenschaft biete den besten Anschauungsunterricht, den Vorteil des einzelnen durch den Zusammenschluß vieler kennen und hierdurch die Macht großer Arbeiterorganisationen schäßen zu lernen. Sehr interessant war das Referat des Genossen Kleemann: „Die Reform der Fürsorgeerziehung“. Die Diskussion nahm auf die unmenslichen Zustände in der „Vohmschen Wildnis“ und in Mietschm in Bezug, sie beleuchtete noch andere charakteristische Greuel der sogenannten staatlichen Fürsorge unter der Herrschaft des Kapitalismus. Als Gegenstück wurden die Verhältnisse in der Fürsorge- und Erziehungsanstalt Zehlendorf bei Berlin geschildert, die nach den Grundsätzen der modernen Pädagogik geleitet wird und daher auch die Eigenart der einzelnen Jüglinge berücksichtigt. Ein weiterer Vortrag behandelte gründlich unser „Koalitionsrecht“, das zwar gesetzlich gewährleistet ist, doch vom Unternehmertum oft mit den schäblichsten Mitteln bekämpft wird und in Zukunft durch die in Aussicht stehende Reform des Strafgesetzbuchs noch mehr gefährdet ist. In vier Versammlungen wurde eingehend über: „Die Frau und die Reichstagswahlen“ gesprochen. Die Aufmerksamkeit der weiblichen Organisierten für alle politischen Vorgänge ist erfreulicherweise immer reger geworden. Ihr Verlangen nach praktischer Mithilfe im Wahlkampf ist gewachsen. Die regelmäßigen monatlichen Zusammenkünfte der tätigen Genossinnen zwecks Vorbereitung auf alle praktischen Parteiarbeiten bilden einen festen, willigen und arbeitsfreudigen Stamm von Kämpferinnen heraus, die gewillt und fähig sind, sich ihr Recht im öffentlichen Leben zu verschaffen. Die Reichstagswahlen bieten ihnen reichlich Gelegenheit zu eifriger Mitarbeit.

Tätigkeitsbericht der Leipziger Kinderschutzkommission.
Seit der Neuorganisation der Leipziger Kinderschutzkommission ist mehr als ein Jahr verflossen. Dieser Zeitraum hat ausgereicht, um zu zeigen, welche umfangreiche und außerordentlich nützliche Arbeit von der Kinderschutzkommission bei systematischem Auf- und Ausbau ihrer Organisation geleistet werden kann. Die neugebildete Kommission setzt sich zusammen aus der fünfstelligen Zentralkommission, sechs Bezirksvertrauenspersonen und mehr als sechzig Vertrauenspersonen. Im April 1910 nahm sie ihre Tätigkeit auf, und bis Ende Juni 1911 hat sie 149 Fälle erledigt, die 202 Kinder betrafen. Will man die Tätigkeit einigermaßen richtig würdigen, so muß man bedenken, welche umfangreiche Arbeit zu ihrer Erledigung notwendig war, mit welchen Schwierigkeiten insbesondere die Vertrauenspersonen in verschiedenen Fällen zu kämpfen hatten. Erfordert diese Arbeit doch nicht allein opferwilligen Eifer, sondern vor allem auch ein Herz für die Kinder, Verständnis für die Ursachen ihrer Leiden und ein jederzeit taktvolles Auftreten.

In den 149 Fällen haben sich die Vertrauenspersonen nach Kräften bemüht, ihrer schwierigen Aufgabe gerecht zu werden, und in den weitaus meisten ist ihnen das durch Fürsprache bei den Eltern und Pflägern, durch Belehrung und fortgesetzte Beobachtung auch gelungen. Immerhin mußten 34 Fälle an die Zentralkommission zur Weiterverfolgung abgegeben werden, weil jede Einwirkung der Vertrauenspersonen auf die betreffenden Eltern erfolglos blieb. Die Zentralkommission hat das ihr übergebene Material den zuständigen Behörden zugestellt, die mit Ausnahme einiger Gemeindevorstände der Kinderschutzkommission das größte Entgegenkommen zeigten. Die unterbreiteten Fälle wurden schnell und eingehend untersucht, wo es möglich war, ward Abhilfe geschaffen, und von dem Ausgang der Sache wurde in der Regel die Zentralkommission in Kenntnis gesetzt.

Von den erledigten Fällen betrafen 98 eheliche oder Stiefkinder, 17 betrafen Ziehkinder und 3 Waisenkinder, außerdem mußte die Kinderschutzkommission in 36 Fällen gegen gewerbliche Ausnutzung der Kinder vorgehen. Die bei ihr eingereichten Beschwerden richteten sich in 26 Fällen gegen beide Eltern, in 31 gegen die Mutter, in 20 gegen den Vater, in 10 gegen die Stiefmutter, in 7 gegen den Stiefvater, in 14 gegen die Pflegemutter, in 10 gegen den Arbeitgeber, in 9 gegen andere Personen, und in 7 waren besonders nützliche Familienverhältnisse die Ursache des Kinderlebens. Am häufigsten machte sich ein Einschreiten gegen Mißhandlung von Kindern notwendig, nämlich 46mal; in 38 Fällen war mangelhafte Pflege und Erziehung die Ursache; in weiteren 26 Fällen lag schlechte Behandlung der Kinder und in 13 drohende Verwahrlosung und sittliche Gefährdung vor; 27mal handelte es sich um Übertretung des Kinderschutzgesetzes.

Wir müssen es uns an dieser Stelle versagen, auf Einzelheiten aus der Tätigkeit der Kinderschuttkommission einzugehen, obgleich zahlreiche Vorgänge aus mancherlei Gründen verdienen würden, der Öffentlichkeit unterbreitet zu werden, nicht zuletzt deswegen, um zu beweisen, wie notwendig ein durchgreifender Schutz der Kinder ist. Besonders verwerflich ist es, wenn Leute die Hilfslosigkeit der armen Kinder zu ihrem geschäftlichen Vorteil ausnutzen und einen schwunghaften Handel mit Kindern armer Eltern oder elternlosen Kindern zu treiben suchen. So haben wir zum Beispiel die zuständige Behörde ersucht, gegen einen solchen „Geschäftsmann“ einzuschreiten, der in auswärtigen Zeitungen „Adoptiveltern für Kind besserer Herkunft gegen einmalige Abfindung“ suchte. Die behördlichen Erörterungen haben zwar in diesem besonderen Falle ergeben, daß der Betreffende wegen allzu geringen Erfolges seine Tätigkeit vorläufig wieder eingestellt hatte. Mancher andere dürfte aber mit mehr Erfolg und mit nicht geringem Vorteil dieses gewissenlose Geschäft betreiben. Darauf lassen jedenfalls nicht wenige Inserate in bürgerlichen Blättern schließen. Es ist durchaus nicht überflüssig, wenn die Kinderschuttkommission auch diesem Uebelstand ihre Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße zuwendet.

Noch nach einer anderen Richtung hin hat sich die Tätigkeit der Kinderschuttkommission erweitert, nämlich durch Übernahme sogenannter Schutzaufsichten. Es handelt sich hierbei in erster Linie um die ständige Beaufsichtigung solcher jugendlicher Personen, die mit dem Strafgesetz in Konflikt geraten sind, denen aber Strafausschub gewährt, beziehungsweise der Wegfall der Strafe in Aussicht gestellt wurde, wenn sie mittlerweile Besserung zeigen. Zu dem letzteren Zweck ist die Schutzaufsicht außerordentlich wichtig. Man vergesse nicht, daß es meist die umgebenden Verhältnisse sind, die die verurteilten Jugendlichen zu Verfehlungen führen, und daß eine Änderung dieser Verhältnisse angestrebt werden muß. Die Mithilfe unserer Kinderschuttkommission vermag dabei recht Wertvolles zu leisten. Es ist für eine erfolgreiche Schutzaufsicht gewiß nicht gleichgültig, ob die gestrauchten Proletariatskinder durch Personen beeinflusst werden, die genaue Kenntnis der Ursachen der Verfehlungen und einen sicheren Blick für die vorliegenden sozialen Verhältnisse besitzen, oder ob Leute die Besserungsversuche unternehmen, denen die Verhältnisse völlig fremd sind, in denen solche Kinder leben, und die daher mit den ungeeignetsten Mitteln ihr Ziel zu erreichen suchen. Zurzeit üben zwölf Mitglieder der Kinderschuttkommission in 16 Fällen solche Schutzaufsichten aus, die uns von der Leipziger Zentrale für Jugendfürsorge überwiesen wurden.

Auf dem Gebiet des gewerblichen Kinderschutzes ging die Kommission unter anderem in der Weise vor, daß sie zur Feststellung der Kinderbeschäftigung sogenannte Morgenkontrollen vornahm. Zu solchen Kontrollen ist es freilich nur im Westbezirk (Mitte Dezember 1910) und im Südbezirk (im März 1911) gekommen. Nicht weniger als 23 Kinder wurden in den frühen Morgenstunden beim Warenaustragen, 22 beim Milch austragen und 15 beim Zeitungsausstragen betroffen. Die Kinder standen im Alter von 6 bis 14 Jahren, 34 wurden von den Eltern beschäftigt, 16 von Fremden, die Beschäftigung fiel in die Zeit von 5 bis 8 Uhr morgens. In den meisten Fällen war die Verwendung der Kinder geschwätzig, denn nach dem Kinderschutzesetz sollen fremde Kinder unter zwölf Jahren auch beim Austragen von Waren überhaupt nicht und Kinder über zwölf Jahre nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterricht beschäftigt werden. Die Angabe, daß ein großer Teil der Kinder für die Eltern beschäftigt war, ist so zu verstehen, daß die Kinder den Eltern beim Austragen von Zeitungen und Waren behilflich, in Wirklichkeit also ebenfalls für Dritte beschäftigt waren. Demnach mußten auch auf sie die für fremde Kinder gültigen Bestimmungen zutreffen. Trotzdem besaß nicht ein einziges der beim Warenaustragen betroffenen Kinder eine Arbeitskarte, die das Gesetz vorschreibt. Die Kinderschuttkommission hat sich nicht mit der Kontrolle begnügt, sondern sie ist durch besondere Befragung der Eltern den Ursachen der Kinderbeschäftigung nachgegangen. Drei Hauptursachen der Kindererwerbsarbeit haben sich dabei feststellen lassen: Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen, Unverständnis einzelner Eltern, in den weitaus meisten Fällen aber bitterste Notlage in den Familien. Es ist gewiß außerordentlich beklagenswert, wenn Eltern jede Belehrung über den Schaden der Kinderarbeit, jedes Eingreifen der Kommission mit der Behauptung zurückweisen, daß sie mit ihren Kindern machen können, was sie wollen. Ebenso fordert es den schärfsten Wider-

spruch heraus, wenn die Kinder zu geschwätziger Arbeit gezwungen werden, obgleich der Vater ein wöchentliches Einkommen von etwa 50 Mk. hat, wie es in einem Falle festgestellt wurde. Jedoch das sind betrübliche Einzelfälle. In den meisten Fällen wurde die Kinderbeschäftigung so begründet: „Der Vater ist schon längere Zeit arbeitslos, und es fehlt an dem Notwendigsten, um die zwölfköpfige Familie zu erhalten.“ „Die Mutter ist Witwe und leidend, so daß die Kinder mit zum Unterhalt beitragen müssen.“ „Das Kind wird Ostern konfirmiert und soll sich deshalb etwas verdienen, da der Vater, der acht Kinder zu ernähren hat, für das eine Kind nicht besondere Aufwendungen machen kann.“ „Weil es zum Haushalt gebraucht wird.“ „Der Vater ist tot, das Kind unterstützt seine Mutter ein wenig.“ „Der Vater ist invalid und hat sechs schulpflichtige Kinder zu ernähren“ usw.

Die rege Tätigkeit der Vertrauenspersonen bedeutete auch für die Zentrale eine erhöhte Arbeitsleistung, wie sie sich aus der Bearbeitung der Fragebogen, der Erteilung von Auskünften und Anregungen, aus dem Verkehr mit den Behörden und dergleichen ergab. Um das Interesse der Kommissionsmitglieder an ihrer Arbeit stetig wachzuhalten und ihnen neue Anregungen zu geben, sind ihnen von der Zentralkommission eine Anzahl schriftlicher Mitteilungen wie auch wichtige, den Kinderschutz betreffende Schriften zugestellt worden. Am 13. April d. J. fand außerdem für die Kommissionsmitglieder unter sachkundiger Führung eine Besichtigung des städtischen Waisenhauses und des Leipziger Kinderkrankenhauses statt. Die Kinderschuttkommission hat nach jeder Richtung eine rege Tätigkeit entfaltet. Möge sich die Einwirkung zum Besten der hilfsbedürftigen Kinder immer mehr entwickeln.

A. L.

Wir können euch doch schlagen!

Es braust ein Sturm durchs deutsche Land,
Der bricht das Morse nieder.
Das Volk erhebet hoch sein Haupt
Und reißt die trägen Glieder.
Sein Horneslied durchschallt die Welt
In diesen Kampfestagen,
Wie Donner kling't — und nur wir Frau'n:
Wir haben nichts zu sagen.

Wohl hat man uns, dem Manne gleich,
In harte Fron geschmiedet,
Mit sinken Händen schaffen wir,
Was euch das Leben bietet.
Für uns die Qual durawacher Nacht,
Um's Brot das bange Zagen.
Wir bauen an der Zukunft, doch:
Wir haben nichts zu sagen.

Was immer man zum Leben braucht,
Ihr such't's uns zu verteuern,
Nehmt unsrer Kinder legtes Brot
Durch Zölle und durch Steuern.
Doch wollen wir: „Wo bleibt das Geld?“
Mit lauter Stimme fragen,
Laßt ihr uns höh'nisch ins Gesicht:
Wir haben nichts zu sagen.

Ihr pocht wohl auf die Arme
Und raffelt mit den Spiegein,
Doch sind es unsre Jungen nur,
Die die Kolonnen schließen.
Die Mutter zog den Jüngling groß,
Der sich im Feld soll schlagen,
Doch welchem Feind die Stugel gilt:
Das hat sie nicht zu sagen.

Ihr hämmertet ein neu Gesetz,
Verziert mit alten Stücken,
Damit ihr mit dem Schein des Rechts
Uns tiefer könntet drücken.
Wenn Witwen und wenn Waisen um
Vetrogne Hoffnung klagen,
Euch kimmert's nicht! Es sind nur Frau'n:
Die haben nichts zu sagen.

Doch Not und Elend trieb auch uns
Empörung in die Wangen.
Wir wollen unser gutes Recht
Im rauhen Kampf erlangen.

Und dürfen wir im Parlament
Nicht unsre Meinung sagen,
So zeigen wir durch die Partei:
Wir können euch doch schlagen!

Emma Dölg.

Politische Rundschau.

Der Wahlschwindel der bürgerlichen Parteien beherrscht die politische Bühne. Zwar fehlt ihm der große einheitliche Zug des Reichstagswahlkampfes von 1907, wo für den bürgerlichen Wähler alle anderen Fragen vor der Gottentottengefahr und den glückverheißenden Ausichten der neu eröffneten Ära Dernburg verschwand. So aus dem Vollen schöpfen wie damals die Bülow und Dernburg können diesmal die Bethmann und Bermuth nicht. Das nationale Zugmittel fehlt, und alle Versuche sind mißglückt, schnell noch eine Vogelgscheuche aufzuputzen, die die braven Bürger an die Wahlurne jagt, um mit dem Stimmzettel die große Gefahr vom geliebten Vaterland abzuwehren. Die Englandheße, die diesem Zwecke gut dienen könnte, muß doch mit Vorsicht gehandhabt werden, soll sie nicht ein verheerendes Kriegsfeuer entfachen. Die Regierung kann sich an ihr nicht offen und mit voller Kraft beteiligen, sie ist vielmehr zeitweilig gezwungen, den Eifer und die Begeisterung der Heßer zu dämpfen. Ebenso unmöglich ist es, nach der Finanzreform die Forderung großer Heeres- und Flottenverstärkungen zur Wahllosung zu machen. Kurz, die wahre, alle Bedenken und Erwägungen niedertrampelnde patriotische Erregung will nicht aufkommen. Die Regierung muß mit nüchternen Mitteln arbeiten. So ist ihr die saure Aufgabe geworden, den Wählern einen günstigen Stand der Reichsfinanzen vorzutauschen. Eingeleitet wurde dieser untaugliche Versuch durch die Rede des Herrn Schatzsekretärs Bermuth, deren Untauglichkeit wir in der vorigen Nummer gekennzeichnet haben. Der zweite Streich war nun die Veröffentlichung des Entwurfes für den Reichshaushalt 1912/13 in der offiziellen „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Wenn man den Zahlenfunktiden dieses Entwurfes trauen dürfte, so wäre der Reichsfädel in leidlicher Verfassung. Aber der Erfolg dieses Wahlmanövers wird schon dadurch beeinträchtigt, daß es allzufrüh angekündigt wurde. Bereits im Sommer des Jahres 1911 haben die Zeitungen der Konservativen und des Zentrums bei der Regierung einen sauber hergerichteten Etat bestellt, mit dem ausdrücklichen Bemerkten, daß damit die Anklagen gegen die Reichsfinanzreform zum Schweigen gebracht werden sollten. Die Regierung hat den Auftrag ausgeführt zur Zufriedenheit der Besteller, die jetzt jauchzend aller Welt verkünden, daß der Steuerraubzug glänzend gerechtfertigt sei. Nun, das müßte schon ein erbärmlicher Finanzkünstler sein, der es nicht versteht, durch Schiebungen und durch vorläufiges Zurückstellen von Ausgaben einen günstig aussehenden Entwurf des Reichshaushaltes aufzustellen. Aber selbst wenn an den Zahlen des Entwurfes nichts auszufehen wäre, so ist das Bild, das sie geben, keineswegs so erfreulich, wie man nach dem Triumphgeschrei der Schwarzblauen annehmen sollte. Zunächst kommt die Regierung auch diesmal nicht ohne Anleihe aus. Das Reich muß 43,8 Millionen Mark pumpen, um die Einnahmen mit den Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Und dies, trotzdem der Schatzsekretär die Einnahmen aus den Zöllen und Steuern um 78,1 Millionen Mark höher einschätzt als im laufenden Jahre und die aus dem Post- und dem Reichseisenbahnbetrieb um 67,1 Millionen, von einigen weiteren kleineren Einnahmesteigerungen abgesehen. Erfüllen sich diese Hoffnungen auf das Steigen der Einnahmen nicht — und niemand weiß, wie bald wieder ein Niedergang des Wirtschaftslebens einsetzen und ein Sinken der Reichseinnahmen zur Folge haben kann —, so klappt der Fehlbetrag weit, und um ihn zu stopfen, muß das Reich neue Schulden machen. Ohnehin erhöht sich die Summe der Schulden um die Kolonialanleihen, die man des besseren Eindruks wegen besonders auf-führt, als ob die Kolonien sie verzinsen würden. Auch diese Last muß, da unsere Kolonien uns nichts einbringen, sondern Millionen Mark an Zuschüssen fordern, von den deutschen Steuerzahlern getragen werden. Im Jahre 1912 soll der Kolonialpump an 34 Millionen betragen, wodurch die Reichsschulden für das Jahr 1912 auf 77,8 Millionen erhöht werden. Und damit dieses lägliche Resultat zustande kommt, mußte zudem noch die Lebenshaltung des Volkes auf das ungeheuerlichste belastet werden. Die schändlichsten, ungerechtesten Steuern, die den Besitzenden kaum fühlbar werden, die Proletariat aber aufs härteste treffen, die indirekten Steuern, bringen den Löwenanteil der Reichseinnahmen auf. Die Einnahmen aus den Zöllen und Steuern sind auf 1610 Millionen Mark gesteigert worden. Im Jahre 1885 ergaben sie

nur 290 Millionen Mark — um mehr als das Fünffache ist die durch Steuern und Zölle aus der Bevölkerung gepresste Summe seit 27 Jahren gestiegen. Und dabei ist die Abgabe, die das Volk in Gestalt höherer Preise der Lebensmittel an die Junker und einzelne begünstigte Kapitalistengruppen zu leisten hat, noch nicht einmal mitgerechnet. Die Bevölkerung aber wuchs in diesen 27 Jahren noch nicht einmal um die Hälfte an, nämlich von 46 auf 65 Millionen.

Das Beste aber kommt noch. Die ganze schöne Milchmädchenrechnung des Herrn Bermuth fällt nämlich rettungslos zusammen, sobald ihre Voraussetzung nicht zutrifft, daß die Ausgaben für Heer, Marine und Kolonien nicht erhöht werden. Nun weiß aber jedes politische Kind, daß dem neuen Reichstag binnen kurzem sowohl eine Heeres- als auch eine Flottenvorlage vorgelegt werden wird. Nur der Herr Schatzsekretär Bermuth tut so, als wisse er von nichts. Er sieht keinen Pfennig Mehrausgabe für diese Zwecke vor, und zwar aus dem guten Grunde, weil er keinen Pfennig dafür zur Verfügung hat. Dabei versichert dieselbe „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in einem Atem mit der Lobpreisung der guten Finanzlage, daß „die verbündeten Regierungen in der Erhaltung und Entwicklung unserer Wehrmacht allezeit eine ihrer ernstesten Aufgaben erblicken und nie zögern werden, danach zu handeln“. Was auf gut deutsch heißt, daß die Rüstungsvorlagen, deren Spuren die besorgten Patrioten im Etat vermischen, schon zur rechten Zeit kommen werden. Die rechte Zeit ist aber nach den Wahlen, denken die verbündeten Regierungen. Dann ist es an der Zeit, dem Volke, das seines Rechtes, mitzuentcheiden, wieder einmal auf fünf Jahre beraubt ist, zu sagen, daß der Etatsentwurf durch einen Nachtrag ergänzt werden muß. Ein Nachtrag, der für die Vergrößerung des Heeres und der Flotte und für die sogenannte kulturelle Erschließung der neu erworbenen Kolonialgebiete eine saftige Millionenausgabe fordert. Natürlich muß diese Ausgabe gedeckt werden: entweder durch neue Schulden oder durch neue Steuern! Das ist, bei Licht besehen, die „glänzende Finanzlage“, das Hauptstück der Regierungsmaschade.

Außerdem versuchen es die Herren Minister mit einer Beeinflussung der Beamten und Staatsarbeiter. Durch Erlasse wird diesen eingepaukt, daß es ihre vaterländische Pflicht sei, das Wahlrecht auszuüben. Eine Kontrolle der Abstimmung ist freilich bei der geheimen Wahl nicht überall möglich. So sucht man denn die Leute möglichst durch Erinnerung an ihren Beamteneid zu packen. Den Arbeitern aber gibt man wieder einmal drohend zu verstehen, daß der Staat mit ihrer Arbeitskraft auch ihre Gefinnung gekauft hat und jeden unnachlässig auf die Strafe werfen wird, der irgend einer Handlung zugunsten der Sozialdemokratie überführt wird.

Indes sind die Junker mit diesen Anstrengungen der Regierung noch lange nicht zufrieden. Sie vergleichen die Tätigkeit der Bethmann und Bermuth mißvergünstigt mit der der Bülow und Dernburg und finden, daß diese beiden es doch besser verstanden, die Wähler einzuseifen. Angestüm fordern sie, daß die Regierung mit allen Mitteln und ganz offen für die schwarzblaue Armee werbe. Den Liberalen, die lärmenden Widerspruch erheben, halten sie mit berechtigtem Hohne vor, daß sich diese Herrschaften 1906/07 den Silvesterbrief Bülows und die orientalischen Märchen Dernburgs schmunzelnd gefallen ließen. Indes verlassen sich die Junker nicht einzig auf die Regierungshilfe — sie leisten selbst das Möglichste an Wahlschwindel und Wahlbergewaltigung. In den ländlichen Bezirken sind Knüppel und Steine beliebte Waffen der Konservativen im Wahlkampf, und sie werden nicht nur gegen die Sozialdemokratie angewendet, sondern auch gegen Fortschrittler und Nationalliberale. Auch mit kräftigen Populardrohungen für liberale Händler und Handwerker sparen die Herren Rittergutsbesitzer nicht. Für das verbündete Zentrum mißbrauchen die geistlichen Hilfskräfte Kanzel und Weichtstuhl auf das tatkräftigste. Im übrigen sorgt das Zentrum dafür, daß keine falschen Stichwahlen entstehen, indem es in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen, in denen es keine Ausichten hat, in der Stichwahl durchzukommen, auf die Aufstellung von Kandidaten zugunsten der Konservativen oder Christlichsozialen verzichtet.

Der Vorstoß der sächsischen Konservativen und Liberalen gegen das Koalitionsrecht hat bei den Nationalliberalen Hamburgs begeisterte Zustimmung gefunden. Sie haben schleunigst vor Zoreschluß noch einen Antrag in der Bürgerschaft eingebracht, daß der Senat im Bundesrat für die Anträge auf Abwürgung der Koalitionsfreiheit einzutreten hat, die die sächsische Regierung einzubringen versprochen hat. Die hat inzwischen eingesehen, daß sie etwas allzu dreist aufgetreten ist. In ihren amtlichen Blättern hat die sächsische Regierung erklären lassen, daß sie keine neue

Zuchthausvorlage will, sondern vielmehr eine Reform, „einen Ausbau des Koalitionsrechtes auf paritätischer Grundlage“. Ähnlich suchten sich die sächsischen Nationalliberalen vor dem Bozner der Arbeiterschaft zu retten. Inzies wird das nicht gelingen, denn jedermann weiß, was hinter solchen Worten, wie Ausbau des Koalitionsrechtes, Schutz der Arbeitswilligen, steht. Die Arbeitswilligen werden durch die Strafgesetze, durch den § 153 der Gewerbeordnung, durch die Klassenjustiz und die Polizei wahrlich mehr als genug geschützt. Wer noch mehr an Schutz für die Streikbrecher verlangt, der verrät damit, daß er dem Koalitionsrecht zuliebe gehen will, daß er den Arbeitern, die von diesem dann nur noch auf dem Papier stehenden Rechte Gebrauch machen wollen, die Hände binden will. Und die Gefahr für das wichtigste Recht der Arbeiterschaft ist groß. Kein fortschrittliches Blatt hat sich gegen den fortschrittlichen Abgeordneten Brodauß gewendet, der in der sächsischen Kammer den Scharfmachern Weisland leistete, kein Zentrumblatt hat sich gegen den dort enthüllten Plan ausgesprochen! Dieses Schweigen, noch dazu kurz vor der Wahl, sagt genug.

Da diese Zeilen erscheinen, trennen uns nur noch wenige Tage von der Entscheidung des Wahlkampfes. Viel steht für das arbeitende Volk auf dem Spiele! Mögen die proletarischen Frauen die letzte Spanne Zeit noch zu eifriger Wahlarbeit nutzen. Auch um ihr und ihrer Kinder Schicksal wird gekämpft. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der Reichstagswahlkampf greift diesmal weit über den politischen Rahmen hinaus. Die Feinde der Arbeiterklasse richten ihre Geschosse nicht allein gegen die sozialdemokratische Partei, sie suchen vielmehr auch die freien Gewerkschaften zu treffen. Lüge und Verleumdung sollen die Grundlage einer Zuchthausvorlage schaffen und Kandidaten in den Reichstag verhelfen, die auf eine solche eingeschworen sind. Um Stimmung für eine Zuchthausvorlage gegen die Arbeiter zu erzeugen, wird dem Spießer mit dem alten Popanz des Bombenwerfers gruselig gemacht. Doch hat sich der Charakter des Dynamithelden und Schnapsbruders verschlechtert: er ist inzwischen Mitglied der Gewerkschaften geworden. Wenigstens deckt die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung“ die Dynamitgefahr auf, die in den deutschen Gewerkschaften schlummert. Nachdem das Blatt auf die Dynamitattentate der Gebrüder Ramara in Kalifornien hingewiesen hat, um die — wie es kühnlich behauptet — der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes wissen soll, stellt es fest, daß wir uns in Deutschland infolge des Umsichgreifens von Sabotage und Gewalttaten gegen Arbeitswillige in erschreckender Weise amerikanischen Zuständen nähern. Um ihre düsteren Weissagungen noch glaubhafter zu machen, führt das Antisemitenorgan ein Flugblatt an. Es wird zwar nicht verraten, wer dieses Flugblatt herausgegeben und wo es das Licht der Welt erblickt hat; aber sollte es wirklich erschienen sein, so müßte es jeder vernünftige Mensch als Ausgeburt eines kranken oder eines Polizistenhirns ansprechen. Wie wenig genau es ja die Scharfmacher bei ihren „Weisheitsführungen“ mit der Wahrheit nehmen, zeigt derselbe Hehartikel an anderer Stelle. Um nachzuweisen, „welches Streikfieber die roten Gewerkschaften ergriffen hat“, führt er falsche Zahlen an. Wohl werden die Ausgaben für Streikunterstützung bei den „roten“ Gewerkschaften mit 6 004 431 M. richtig angegeben. Bei den Hirsch-Dunderschen und bei den christlichen Gewerkschaften hingegen verwandeln sich die Hunderttausende Mark in Hunderte Mark. Auf Grund seiner Erdichtungen glaubt sich das Antisemitenblatt zu folgenden Forderungen berechtigt: Gewerkschaften dürfen nur als Wohlfahrtseinrichtungen bestehen, Sammlungen für Streiks sind mit Gefängnisstrafen zu belegen, und den Arbeitswilligen ist noch mehr Schutz zu gewähren. Viel Anheil vermag ja der Brandartikel der „Staatsbürger-Zeitung“ nicht anzurichten. Aber immerhin sollte er eine Mahnung für die Arbeiter sein, das Mißtrauen der Antisemiten vollends aus dem Reichstag hinauszufegen. Was die Gewerkschafter an ihrem Teil dazu helfen können, werden sie sicher tun.

Wieder wird einmal ein mittelbarer Eingriff einer staatlichen Behörde in das Koalitionsrecht der Arbeiter bekannt, der allerdings etwas dreist ist. Die preussische Heeresverwaltung hat nämlich eine vertrauliche Rundfrage an diejenigen Automobilwerke gerichtet, deren Lieferungsverträge am 1. Januar 1913 ablaufen. Die Witzbegierige verlangt Auskunft darüber, „wieviel Arbeiter beschäftigt werden, ob und in welcher Gewerkschaft diese organisiert sind“. Diese Schnüffelei hat natürlich auch einen „höheren“ Zweck. Es

soll ein Druck ausgeübt werden auf die Lieferanten, die nach Meinung einer preussischen Behörde etwa zu viel freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter beschäftigen; es gilt, sie anzuspornen, diesen Arbeitern das Koalitionsrecht streitig zu machen. Es heißt in dem Rundschreiben, daß ein Abkommen nicht getroffen werden könne, wenn sich wegen der neuen Bedingungen etwa Schwierigkeiten mit den Firmen ergeben sollten. Die neuen Bedingungen sind betriebstechnischer Art, nicht jede Firma würde sie erfüllen können. Was zum Teufel aber geht es eine Behörde an, ob und wo die Arbeiter ihrer Lieferanten organisiert sind? Aber solch unerhörten Eingriff der preussischen Heeresverwaltung in die Koalitionsfreiheit wird noch an anderer Stelle geredet werden müssen.

Die Verhandlungen zwischen den ringenden Parteien in der Tabakindustrie rücken nicht vom Fleck. In Westfalen haben die örtlichen Versuche zur Verständigung noch zu keinem Ergebnis geführt, das für die Arbeiter annehmbar wäre. Die Unternehmer versuchen inzwischen dadurch Umcinigkeit und Verwirrung in die Reihen der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen zu säen, daß sie das Gerücht verbreiten, viele Ausgesperrte seien bereits in die Betriebe zurückgekehrt. An dem Schwindel ist kein wahres Wort. Die Ausgesperrten stehen nach wie vor einig und geschlossen im Kampfe.

Für die Buchdruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen ist eine neue Tarifvereinbarung zustande gekommen. Die Verhandlungen zwischen den Buchdruckerbesitzern und Vertretern des Hilfsarbeiterverbandes waren anfänglich gescheitert. Auf Einladung des Tarifamtes für das Buchdruckgewerbe fanden nun neue Verhandlungen zwischen Vertretern beider Parteien statt. Sie führten zu dem Ergebnis, daß der bisher geltende Tarif für das Buchdruckerhilfspersonal für weitere fünf Jahre bestehen bleiben soll.

Im Holzgewerbe bereitet sich eine neue Tarifbewegung vor. Mitte Februar laufen eine Anzahl der im Jahre 1909 abgeschlossenen Verträge ab. Da für sie vierteljährliche Kündigung gilt, so haben 14 Orte die Tarife bereits gekündigt. Verhandlungen sind im Gange. Nach den Beschlüssen des letzten Verbandstags der Holzarbeiter sind vierjährige Tarifverträge anzustreben, die natürlich auch den Feuerungsverhältnissen entsprechende Lohnaufbesserungen und Arbeitszeitverkürzungen enthalten sollen. Die im Holzgewerbe bestehenden Richtlinien für die Verhandlungen bestimmen, daß zunächst örtliche Verhandlungen stattfinden müssen; wenn diese zu keinem Ergebnis führen, entscheidet eine zentrale Schiedskommission, der je drei Vertreter der Parteien angehören. Kann sich auch diese Tarifbewegung an Umfang mit der vorjährigen nicht messen, so wird sie doch immer noch 6500 Arbeiter umfassen.

Im Steinseggewerbe plant der Unternehmerverband offenbar einen großen Schlag gegen die verhasste Arbeiterorganisation. Die Unternehmer wollen nach altem Trieb alle bestehenden Tarife auf einen gleichen Ablaufzeitpunkt bringen, um gegebenenfalls den Arbeitern den Kampf auf der ganzen Front auszuwinnen zu können. Bisher sind die Steinseggemeister mit ihren großartigen Plänen noch stets gescheitert, und auch diesmal wird es ihnen hoffentlich nicht besser gehen.

In den Bergarbeitergebieten greift die Gärung weiter um sich. Dem stetigen Sinken der Löhne können die Bergarbeiter nicht länger ruhig zusehen. Im Ruhrrevier haben sich schon längst Versammlungen für Lohnbewegungen ausgesprochen. Aber auch in den schlesischen Kohlenruben wächst die Empörung der Bergleute. Eine Konferenz der drei Verbände in Rattowik beriet über die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen der dortigen Kohlenarbeiter und forderte Abhilfe.

In England nimmt die Bewegung der Bergarbeiter einen kräftigen Fortgang. Der Generalsstreiksgedanke hat dort feste Wurzel gefaßt. Eine Konferenz der Bergarbeiterföderation Großbritanniens hat beschlossen, daß nunmehr die Abstimmung über den Generalsstreik erfolgen soll. Die letzten Verhandlungen mit den Werksbesitzern sind ergebnislos verlaufen, in allen Revieren lehnten die Unternehmer die Sicherung eines Mindestlohnes ab. Am 10., 11. und 12. Januar wird die Abstimmung vor sich gehen. Erklären sich Zweidrittel der Abstimmenden für den Ausstand — woran nach der jetzigen Lage gar nicht zu zweifeln ist —, so wird der Generalsstreik am 1. März beginnen. Streik in den Streik zu treten, ist nicht möglich, da in einigen Distrikten monatliche Kündigung besteht und somit erst am 1. Februar zum 1. März gekündigt werden kann. In der Bergwerkindustrie Großbritanniens sind über eine Million Proletarier beschäftigt, die alle die Arme kreuzen müssen, wenn die 604 000 Mit-

glieder der britischen Bergarbeiterorganisationen die Arbeit einstellen. Die große Bewegung im britischen Kohlenbergbau wird auch auf Deutschland ihre Wirkung ausüben. #

Ein Tänzereintreiß. Die Tänzerinnen des Balletts des Theaters in Montpeller sind in den Ausstand getreten. Sie fordern halbmonatliche Gagenzahlung, wie sie die Mitglieder des Chors schon haben. Bisher wurde die Gage monatlich und überdies erst fünf Tage nach dem Verfalltag gezahlt. o. p.

Genossenschaftliche Rundschau.

Über Stand und Entwicklung der deutschen Konsumvereine im eben verfloßenen Jahre 1911 entnehmen wir der Konsumgenossenschaftlichen Korrespondenz folgende Angaben. Die maßgebende Organisation, der Zentralverband deutscher Konsumvereine, hat eine Zunahme von 19 Vereinen zu verzeichnen, er zählt jetzt 1170. Es sind in vielen Fällen die bestehenden kleinen Konsumvereine zu Bezirkskonsumvereinen verschmolzen, und es ist auch planmäßig daran gearbeitet worden, daß die Gründung von Konsumvereinen nur erfolgte, wenn es unmöglich war, daß ein in der Nähe gelegener Verein eine Warenverteilungsstelle einrichtete. Die Statistik wird gegenwärtig erst aufgenommen; man kann aber damit rechnen, daß die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Organisationen 1911 ihre Mitgliederzahl auf 1 1/2 Millionen gesteigert haben. Es ist also eine Ausdehnung und eine innere Stärkung Hand in Hand gegangen. Der Unterstützungskasse des Zentralverbandes sind jetzt 210 Genossenschaften angeschlossen, die rund 6000 Personen als Mitglieder angemeldet haben. Die Beiträge beliefen sich auf 575 000 Mk. Das ist gegen das Vorjahr eine Steigerung von 125 000 Mk. Das Vermögen der Kasse hat die zweite Million überschritten. Nach Ablauf der fünfjährigen Karenzzeit hat die Kasse mit der Auszahlung von Renten begonnen. Es wurden 3864 Mk. für Invaliden- und Altersrenten und 1181 Mk. Witwen- und Waisrenten gezahlt. Die Summe scheint unerheblich, doch darf man nicht vergessen, daß die Kasse erst sechs Geschäftsjahre zählt, und daß ihr natürlich nicht von Anfang an so viele Mitglieder wie jetzt angehört. Die Großeinkaufsgesellschaft schätzt ihren Gesamtumsatz im Jahre 1911 auf 105 bis 107 Millionen Mark. Die Vermehrung des Umsatzes hat allerlei Neuerungen zur Folge. So werden in Gießen und Nürnberg neue Lagerhäuser errichtet. In Gießen werden ferner neue Fabrikgebäude und ein neues Verwaltungsgebäude gebaut. Wie stark sich die Tätigkeit der Großeinkaufsgesellschaft ausdehnt, sieht man am besten daran, daß die von ihr vor einem Jahre in Benutzung genommenen neuen Räume in Hamburg, die eine sehr erhebliche Erweiterung des alten Geschäftshauses brachten, bereits wieder voll besetzt sind. Auch der Verlagsanstalt des Zentralverbandes, die gegenwärtig im Geschäftshaus der Großeinkaufsgesellschaft zur Miete wohnt, werden die Räume zu enge, so daß sie sich wohl in absehbarer Zeit ein eigenes Geschäftshaus bauen müssen. Sie ist im Laufe weniger Jahre zu einem respektablen Großbetrieb mit mehr als 2 Millionen Mark Umsatz geworden. An der Ausdehnung der Verlagsanstalt hat auch die Konsumgenossenschaftliche Presse teilgenommen. Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau zählt jetzt etwa 10 000 Bezüher, während das Volksblatt in einer Auflage von 360 000 Exemplaren gedruckt wird. Seit dem 1. August v. J. erscheint für den Verband rheinisch-westfälischer Konsumvereine eine Sonderausgabe des Volksblattes, seit dem 1. Januar eine solche des Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine. Können so die deutschen Konsumvereine recht zufrieden auf das Jahr 1911 zurückblicken, so müssen sie sich jedoch darüber klar sein, daß die Zahl ihrer Feinde gewachsen ist. Die Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus bei der Erörterung des Antrags Hammer sowie verschiedene andere Steuerpläne zeigen das zur Genüge. Bisher aber haben alle Versuche, die Konsumvereine zu bekämpfen, nur die eine Folge gehabt, sie enger zusammenzuschließen. — Hoffen wir, daß das auch im neuen Jahre der Fall sein wird. Die moderne Arbeiterbewegung wird jedenfalls das Ihrige dazu beitragen, die Konsumvereine mehr und mehr zu machtvollen wirtschaftlichen Organisationen der unbemittelten Massen des Volkes zu entwickeln. Um so mehr, als die Konsumvereine von allen Seiten bekämpft werden, und die bürgerlichen Parteien bis auf unbedeutende Reste sich im Wahlkampf feindlich gegen die Arbeitergenossenschaften stellen. Wenn die Konsumvereinsmitglieder die vom Zentralverband ausgegebene Parole befolgen wollen: nur konsumvereinsfreundliche Kandidaten zu wählen, heißt ihnen nichts übrig, als bei allen Wahlen nur Sozialdemokraten die Stimme zu geben. Das trifft auf

die Landtags- und Gemeindevahlen ebenso zu wie auf die Reichstagswahl!

„Wo alles liebt, kann Karl allein nicht hassen.“ Und wenn in diversen Bundesstaaten und -städten des Deutschen Reiches Umsatzsteuern gegen die Konsumvereine gemacht werden, muß auch das keine Fürkentum Neuz. d. L. dabei sein. So dachte offenbar die Mehrheit des aus ganzen 12 Mitgliedern bestehenden Landtags des Miniaturstaats. Mit 7 gegen 5 Stimmen wurde eine Umsatzsteuer nach folgenden Grundätzen beschlossen. Die Besteuerung trifft die natürlichen oder juristischen Personen, die das stehende Gewerbe des Klein-(Detail-)Handels mit Waren aus mehr als einer der folgenden vier Warengruppen (folgen die im § 6 des preussischen Warenhaussteuergesetzes aufgeführten Gruppen) betreiben und einen Jahresumsatz von 100 000 Mk. oder mehr im Detailhandel erzielen. Ferner ohne Rücksicht auf die Höhe des Umsatzes diejenigen, die in einer Gemeinde des Fürstentums im Kleinen Waren auch nur einer der genannten Warengruppen von mehr als einer Verkaufsstelle aus oder in einer Niederlassung eines auswärtigen gewerblichen oder landwirtschaftlichen Unternehmens feilbieten. Auch wenn der tatsächliche Reingewinn der erfahrenen Organisationen geringer ist, sind mindestens 7 Prozent des erreichten Jahresumsatzes als Einkommen aus dem Detailhandel zu versteuern. Das Fürstentum Neuz. d. L. wird sich also künftig nicht mehr begnügen, die Ersparnisse der organisierten Konsumenten zu Unrecht zu versteuern, es wird für diese Besteuerung auch ein Maßstab angewendet werden, der ein weiteres Unrecht bedeutet. Öffentlich antworten die Konsumenten damit, daß sie sich in größerer Zahl den Konsumvereinen anschließen und durch Kräftigung derselben die schicknöse Belastung illusorisch machen. H. F.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Reifezeugnisse für „Gefinde“ der besseren Gesellschaft. Dem letzten Reichstag lag ein Aktenstück vor, das von einem Apotheker G. aus dem berühmten schlesischen Weinort Grünberg stammte. Dieser Herr mediziniert an dem Dienstbotenproblem herum und verordnet für die bessere Versorgung der guten Gesellschaft mit standesgemäßen Dienstboten folgendes Rezept: 1. Es soll neben dem Gefindedienstbuch auch ein Führungsbuch für weibliches Hauspersonal obligatorisch gemacht werden. 2. Der Erwerb dieses Buches soll davon abhängig gemacht werden, daß die Bewerberinnen einen selbstgeschriebenen Antrag nebst kurzer Lebensbeschreibung einreichen und 10 Mk. erlegen. — Der Apotheker erhofft von der erbetenen Ausschmückung der mittelalterlichen Geseje, die unter dem „Standesbegriff“ Gefinde „verschiedenartige Elemente“ zusammenfassen, eine Abhilfe dagegen, daß seit Jahren die Dienstbotenzahl zurückgeht. Die romanhaft klingende Begründung spiegelt getreulich die Ansichten großer bürgerlicher Kreise wider. So heißt es darin: Viele junge Bürgertöchter, besonders solche in kleinen Städten, möchten heutzutage gerne eine Stellung haben und beneiden die Hausmädchen feiner Häuser um ihre hübsche Kleidung und sauberen Hände. Sie können sich im elterlichen Hause nicht so tragen und müssen dort größere Arbeit verrichten. Diese Bürgertöchter würden aber Anstoß nehmen an dem kleinen, abheulend klingenden Wort „Gefinde“, und so gehen sie als häusliche Hilfskräfte den Frauen verloren, die solche suchen. Mädchen dieser Art wären jedoch angenehmere und zuverlässigere Hausgenossinnen als die gewöhnlichen Dienstboten, viel Ärger könnte durch ihre Arbeit im Haushalt abgewendet, viel Schädliches erspart werden. Denn der größere Fonds guter häuslicher Erziehung, den sie mitbringen, würde die Anpassung an fremde Verhältnisse erleichtern und die Mädchen dankbar für alles Gute machen. Sonst werde jetzt alles Gute mehr als selbstverständlich, das scheinbar Unangenehme als unerträglich empfunden. Außerdem sei zu berücksichtigen, daß die Kinder der Herrschaft nicht mehr durch die unfeine Unterhaltung und bösen Angewohnheiten der Dienstboten schlecht beeinflusst würden, wenn diese durch Bürgertöchter ersetzt werden könnten. Nachdem der Apotheker so mit Nachdruck gezeigt hat, wie das Niveau der Bourgeoisfamilie durch gebildete Dienstmädchen gehoben werden kann, sucht er die Bürgertöchter zu beruhigen, die etwa eine harte Gefindearbeit scheuen sollten. Er verweist auf das, was die moderne Technik zur Erleichterung der häuslichen Arbeiten in den Großstadtwohnungen geschaffen hat beziehungsweise schaffen kann: Wasserleitung, Zentralheizung, Gas, elektrisches Licht usw. In der Folge sei die Gefindearbeit so erleichtert, daß sie kaum noch einem jungen Mädchen lästig fallen könnte. Bei guter Ernährung sei die

häusliche Betätigung den Mädchen in den Wachstumsjahren viel zuträglicher als der Aufenthalt in Fuß- und Schneiderstuben oder in Fabrikluft. Über den Lohn, den die „gebildeten“ Dienstmädchen erhalten sollen, schweigt des Sängers Höflichkeit. Dagegen hebt der reformeifrige Apotheker zu Grünberg zwei Vorteile hervor, wenn es gelinge, den Zutritt zu dem von ihm geschilderten häuslichen Paradies von einem Bildungsattest (Führungsbuch) und von einer Zehnmarksteuer abhängig zu machen, die etwa in den Alters- und Invalidenfonds fließen könnte; erstens sporne die Aussicht auf einen solchen Beruf zu größerem Fleiß und Eifer in der Schule an; zweitens entsünde eine Trennung der Dienenden in Mädchen für Stadt- und Landhaltung. Dem Lande würden dann die Mädchen eher zugeführt, die für die Stadt nicht geeignet und von den Herrschaften dort entlassen sind, die aber jetzt meist nicht mehr ins Dorf zurückkehren wollen und oft nur die Zahl der in den Straßen der Großstädte nachts Umherstreifenden vermehren. Für das „bessere Personal“, das der Apotheker so den Städtern verschaffen will, möchte er aber eine Gefahr abwenden: es müßte verhütet werden, daß je nach eigener Veranlagung und nach Charakter der Herrschaft das Mädchen entweder nichts leistet oder als Mädchen für alles mißbraucht wird“.

In der Kommission des Reichstags ist diese Dose reformerischer Quacksalbe beim großen Aufraäumen mit den restlichen Eingängen nur einer kurzen Probe unterzogen worden. Das Resultat war: „Ungeeignet zur Erörterung im Plenum, da wir noch kein Reichsgefinderecht haben.“ Wäre Zeit gewesen, in die Behandlung der Sache einzutreten, so hätte man unter anderem auf die Tatsache hinweisen müssen, daß trotz der Ausattung moderner Großstadtwohnungen mit Erregungsschäften der Technik das weibliche Hauspersonal gesundheitlich sehr gefährdet sein kann. So steht zum Beispiel fest, daß die Bedienung der Zentralheizungen, das täglich zweimalige Reinigen und Füllen des Kessels durch weibliche Dienstboten junge Mädchen in kurzer Zeit gesundheitlich ruiniert. Daran würde auch das beste Führungsbuch mit der schönsten Lebensbeschreibung eines zarten Bürgerdöchterchens nichts ändern. Auch die 10 Mark Ständesteuer reizt wie beinahe jeder Satz der famosen Begründung zum heftigen Widerspruch gegen solche soziale Giftmischerei an.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Traurige Ernährungszustände Münchener Schulkinder deckt in der Münchener Medizinischen Wochenschrift eine Untersuchung des Kinderarztes Dr. A. Oppenheimer auf. Die betreffende Untersuchung wurde an zwei Schulen vorgenommen: an der Domschule, die von einer verhältnismäßig großen Anzahl von Kindern aus den besser situierten Kreisen besucht wird, und an der Guldeinschule, in die in der Hauptsache proletarierkinder gehen. Es stellte sich heraus, daß an dieser Schule von den sechsjährigen Schülerinnen zwei Drittel unterernährt waren. Noch schlimmer stand es mit der Ernährung bei den höheren Altersklassen: im zehnten Lebensjahr erreichten nur 16,4 Prozent aller Mädchen das Normalgewicht. Was den Brustumfang und die Körperlänge anlangt, wurde die Norm nur von einem ganz verschwindend kleinen Teil der Schülerinnen erreicht, die weit aus größere Mehrzahl stand bedeutend dahinter zurück. Ganz ähnlich wie bei den Mädchen lagen die Verhältnisse bei den Knaben; dabei wurde noch die Norm möglichst niedrig angelegt. Hätte man sie höher gewählt, so wären unter den sechsjährigen Schülern der Guldeinschule statt 14,3 Prozent gar nur 2,4 Prozent normal genährt gewesen. An der Domschule zeigten sich etwas günstigere Ergebnisse, wie nach der sozialen Zusammensetzung der Schüler zu erwarten stand. Die Guldeinschule ist der Typus einer Vorstadtschule, deren Böglinge sich zumeist aus den Kindern der Arbeiter rekrutieren, und Dr. Oppenheimer glaubt nicht fehlzugehen, wenn er annimmt, daß in sämtlichen Münchener Volksschulen die Kinder außerordentlich schlecht ernährt sind. Namentlich in der jetzigen Zeit mit ihren wuchernd hohen Lebensmittelpreisen hält er einen möglichst ausgedehnten Ausbau der unentgeltlichen Schulspeisung für dringend erforderlich, um die Kinder nicht ganz der chronischen Unterernährung auszuliefern, die die Entwicklung unserer Jugend dauernd schwer schädigt. Die festgestellten Tatsachen erweisen klärlieh die Unvernunft und Grausamkeit der heutigen Gesellschaftszustände, durch die Tausende proletarischer Kinder dem Hunger überantwortet werden. Sie predigen aber auch eindringlich die Pflicht der Mütter, mit aller Energie eine Gesellschaftsordnung zu bekämpfen, die die Kinder solch fürchtbarem Lose überantwortet. Mögen die Proletarierinnen der Sünden des Kapitalismus und ihrer

eigenen Pflicht in diesen Tagen eingedenk sein, wo es gilt, die nächste Abrechnung mit den Verteidigern der kapitalistischen Ordnung vorzubereiten.

Soziale Gesetzgebung.

Verbot der Nachtarbeit der Frauen in Frankreich. Der französische Senat hat dem Gesetz zugestimmt, das die Berner Konvention über die Nachtarbeit der Frauen und Kinder in den gewerblichen Betrieben in Kraft setzt.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Von der polnischen sozialdemokratischen Frauenbewegung in Galizien und Schlesien. Noch vor Schluß des alten Jahres hat die zweite Konferenz der polnischen sozialdemokratischen Frauen in Galizien und Schlesien am 7. Dezember in Lemberg getagt. Es nahmen 14 Delegierte und 30 Gäste an ihr teil. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Frage der Organisation. Genossin Kluszyńska, die Redakteurin der „Głos Kobiet“ (Frauenstimme) hielt dazu einen einleitenden Vortrag, aus dem hervorging, daß die Organisation der sozialdemokratischen Frauen nun auch in Galizien Wurzeln zu fassen beginnt. Das Zentralagitationskomitee der sozialdemokratischen Frauen im österröchischen Polen hatte verschiedene Anträge vorgelegt, denen die Konferenz beirat. Sie beschloß, daß die bestehenden Frauenorganisationen aufzulösen und daß die Genossinnen gemeinschaftlich mit den Genossen zu organisieren seien. Zwar steht noch der Paragraph des österröchischen Vereinsgesetzes in Kraft, der den Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen verbietet. Allein da die Genossen meist in sogenannten freien Organisationen zusammengeschlossen sind, so steht dem Beitritt der Genossinnen dazu nichts im Wege. Allen Lokal-, Bezirks- und Landeskomitees sollen Genossinnen angehören, deren Aufgabe es sein wird, in erster Linie für die Agitation unter dem polnischen weiblichen Proletariat in Galizien und Schlesien tätig zu sein. „Głos Kobiet“ bleibt das Zentralorgan der polnischen Genossinnen in Österreich.

Die Beschlüsse der Frauenkonferenz wurden beim Parteitag der Sozialdemokratischen Polnischen Partei für Galizien und Schlesien eingebracht, dem die Tagung der Genossinnen vorausgegangen war. Er beschloß nahezu einstimmig die gemeinsame Organisation, wie sie die Konferenz beantragt hatte, und wählte vier Frauen in die Parteileitung: die Genossinnen Konopacko, Malinowska, Moraczewska und Kluszyńska. So ist nicht nur die Gleichberechtigung der Geschlechter voll gewahrt, sondern auch die praktische Möglichkeit gegeben worden, die höchste Instanz der Partei jederzeit zur kraftvollen Vertretung der proletarischen Fraueninteressen anzuregen. Unsere polnische Frauenorganisation ist unseres Wissens innerhalb Österreichs die erste, welche die gemeinsame politische Organisation von Frauen und Männern in der Praxis durchführt.

Wir versprechen uns von der neuen Organisationsform die besten Erfolge. Der Agitation unter den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen werden durch sie mehr Kräfte und Mittel nutzbar gemacht, und auch das Interesse der Genossen an dieser Agitation wird steigen, wenn die gemeinsame Organisation für sie verantwortlich ist und ihre Erfolge unmittelbar einheimst. Die Förderung der Bestrebungen zur Aufklärung und Organisierung der werktätigen Frau des arbeitenden Volkes in Österreich-Polen tut um so mehr not, als der Hauptteil, Galizien, industriell noch nicht weit entwickelt ist. Aus diesem Umstand erwachsen viele große Schwierigkeiten, die die gemeinschaftliche Organisation besser zu bewältigen vermag als das Häuflein tätiger Genossinnen. Daß dieses trotz dieser Schwierigkeiten die sozialdemokratische Frauenbewegung in Fluß halten konnte, daß es wenn auch kleine, so doch sichere Fortschritte erzielt hat, verbürgt gute Erfolge für die Zukunft. Dora Kluszyńska, Oberberg.

Frauenstimmrecht.

Generalversammlung des preussischen Landesvereins für Frauenstimmrecht. Am 9. und 10. Dezember fand in Berlin die Generalversammlung des preussischen Landesvereins für Frauenstimmrecht statt. Die ihr beizwohnenden 48 Delegierten waren mit 88 Stimmen ausgestattet. Diese Stimmenhäufung in Berlin, wo der Verein 572 Mitglieder zählt, gibt zu denken, um so mehr, als die Generalversammlung an einem Sonntag tagte. Es schien, als ob man dadurch unliebsame

Abstimmungen hätte vermeiden wollen, daß man den bekannteren Führerinnen bis zu je drei Stimmen gegeben hätte, mehr erlauben die Statuten nicht. Die Öffentlichkeit war zwar von der Tagung nicht ausgeschlossen, aber sie war ausgeblieben. Abgesehen von ganz wenigen Berliner Stimmrechtsmitgliedern, langweilten sich nur einige pflichtgetreue Pressemenschen während der Verhandlungen im Saale.

Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß jetzt zwölf Provinzialvereine mit 86 Ortsgruppen und zusammen 3350 Mitgliedern dem preussischen Landesverein angehören. Die Mittel des Vereins sind sehr gering; im wesentlichen deckte er während der letzten Jahre die Kosten seiner Tätigkeit aus einem Fonds, der Frau Cauer zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt worden ist. Der erste Vortrag beschäftigte sich mit der Berichterstattung über die Hamburger Tagung des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht. Die Referentin, Fräulein v. Garbau, wendete sich in schärfster Weise gegen den früheren Verbandsvorstand — sie selbst nannte ihren Vortrag keine sonntägliche Beschäftigung. Sie bedauerte die in Hamburg beschlossene Änderung des § 3 der Verbandsstatuten, der nun nur noch für die Frauen allein das allgemeine Stimmrecht verlangt, obgleich in Preußen auch die erdrückende Mehrzahl der Männer noch politisch rechtlos ist. In Zusammenhang mit der Berichterstattung standen die drei Anträge der Ortsgruppen Marburg, Magdeburg und Breslau. Die erstere wollte die Forderung des allgemeinen Wahlrechts ganz gestrichen haben, doch wurde ihr Antrag zurückgezogen. Die Magdeburger Organisation fragte an: Was soll mit den Vereinen werden, die des unglückseligen § 3 wegen nicht dem Verband beitreten können oder wollen? Mit diesen „Widauernswerten“ sind die gemäßigten Frauenrechtlerinnen gemeint. Die Wiederherstellung des § 3 in der alten Fassung, das heißt das Wahlrecht für beide Geschlechter, forderte der Breslauer Antrag. Der Vorstand trat diesen Anträgen mit der Feststellung entgegen, daß die Beschlüsse des Verbandes auch für den Landesverein bindende seien, und daß nur eine Generalversammlung der Gesamtorganisation sie aufheben könne. Er selbst bedauere die Änderung des § 3. Wenn die „Welt am Montag“ ausposaunte, daß der Landesverein das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht als das grundlegende Prinzip seiner Tätigkeit anerkenne, so unterfährt sie, daß auch in dieser Organisation eine lebenskräftige Minorität besteht, die diese Ansicht nicht teilt, ja bekämpft. Sowohl im preussischen Landesverein wie in dem Verband für Frauenstimmrecht sind viele Gegner des allgemeinen Wahlrechts. — Der Vortrag von Frau Cauer über „Die Organisation der Frauenstimmrechtsbewegung“ gab die Auffassung einer guten bürgerlichen Demokratin wieder, er war daher nicht „neutral“ und im Verein für Frauenstimmrecht gar nicht am Platze. Nur durch eine eigentümliche Konstellation, die durch die vorliegenden Anträge entstand, entging er schärfster Kritik. Die sogenannte Neutralität des Frauenstimmrechtsvereins richtet in den Köpfen der bürgerlichen Damen ein unentwirrbares Durcheinander an. Das Frauenstimmrechts-Talibanobahn dürfte durch die neubegründete „Deutsche Vereinigung für Frauenstimmrecht“ nicht vermindert werden, der sich bereits der gemäßigte schlesische und der gemäßigte rheinisch-westfälische Stimmrechtsverein angeschlossen haben und die über ganz Deutschland ihre Netze ausbreiten. Im Gegenteil! Dieses bürgerliche Frauenstimmrechtswirrwort hat für uns Sozialdemokraten vor allem die Bedeutung eines Symptom, das den Verfall der bürgerlichen Demokratie anzeigt. Es lohnt sich kaum, sich mit diesem bunten und verfilzten Knäuel aller möglichen und unmöglichen Ansichten auseinanderzusetzen. Aber sehr falsch wäre die Meinung, daß das Sammelsurium der ungezählten Gruppen von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts im großen ganzen der Sozialdemokratie und dem Rechte der proletarischen Frau besondere Sympathien entgegenbrächte. Wir finden da die konservativsten Ideengänge, die antisemitischen eingebegriffen, und die törichtesten und uns feindlichsten Weltanschauungen.

Ein Antrag des Landesvorstandes forderte die Ortsgruppen zu lebhaftem Eintreten für das Gemeindevahlrecht der Frauen auf. Angenommen wurde folgende Resolution: „Die vierte Generalversammlung des preussischen Landesverbandes für Frauenstimmrecht befragt das lebhafteste Eintreten für das Gemeindevahlrecht der Frauen. Zu diesem Zwecke empfiehlt sie allen Provinzialverbänden, möglichst gleichzeitig Petitionen um das Gemeindevahlrecht der Frau an den preussischen Landtag zu richten. Ferner empfiehlt sie lebhafteste Beteiligung an den praktischen und sozialen Aufgaben der Stadt- und Land-

gemeinden. Zur Ausführung empfiehlt die Generalversammlung die Bildung von kommunalpolitischen Kommissionen, in denen Männer und Frauen vertreten sind. Die Provinzialverbände und Ortsgruppen werden angeregt, darauf zu achten, daß die bestehenden Gemeindevahlrechte der Frauen ausgeübt werden.“

Ein anderer Antrag wünschte unter Zugrundelegung eines Fragebogens eine Enquete bei den Abgeordneten des nächsten Reichstags, um zu erfahren, wie weit diese Herren für Frauenrechte eintreten werden. Aber diese Fragebogen wurde nach einem langen Vortrag lang und breit diskutiert. Die einen betonten, daß Beihilfe nur solchen Kandidaten zu leisten sei, die entschieden für das Frauenstimmrecht eintreten; die anderen aber erklärten, sie seien schon mit dem Versprechen zufrieden, daß ein Parlamentarier für einen Teil der Frauenforderungen wirken wolle. Schließlich kam eine Resolution zustande, die besagt: „Der preussische Landesverein erwartet von seinen Mitgliedern, daß sie keinen Reichstagsabgeordneten unterstützen, der nicht unzweideutig für die Frauenforderungen eintritt.“ Damit war der Knäuel fertig. Unzweideutig hat beispielsweise der Reichstagskandidat Mommsen in Berlin erklärt, daß er nicht für das Frauenstimmrecht zu haben sei. Man sollte nun annehmen, daß die Frauen diesem trefflichen Vertreter ihrer Rechte gebührend geantwortet hätten. Ach nein! In einer Versammlung der liberalen Frauen wurde jauchzend verkündet: „Herr Mommsen trete nur momentan noch nicht für das Frauenstimmrecht ein, weil er es noch für aussichtslos halte und nur das Mögliche in der Politik anstrebe.“ Das Mögliche nämlich, daß ihm die bürgerlichen Frauen trotz dieser Hanswursterci große Wahnhilfe leisten. Mit Speck fängt man Mäuse! Frau Plathow, die Berichterstatterin des „Berliner Tageblatts“ über die Frauenbewegung, hat schon einen begeisterten Vortrag für Mommsens Kandidatur gehalten! Das nennt sich Frauenstimmrechtskämpferinnen! Daß Gott erbarm!

Auf Antrag einer Handelsangestellten nahm die Tagung folgende Resolution an: „Die Generalversammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß neuerdings die Gesetzgebung wiederum sowohl in der neuen Reichsversicherungsordnung als auch in der Privatbeamtenversicherung bedenkliche Lücken für die Frauen besonders dadurch offen gelassen hat, daß die Frauen zu den betreffenden Körperschaften nicht dasselbe Wahlrecht haben wie die Männer. Sie erblickt darin eine Herabsetzung der ideellen und materiellen Werte, die von den berufstätigen Frauen für den nationalen Arbeitsmarkt geliefert werden, gegenüber der Männerarbeit. Sie erblickt aber vor allem eine schwere Schädigung der berufstätigen Frauen in dem dadurch geschaffenen Umstand, daß dieselben nicht in der Lage sind, ihre Interessen bei den erwähnten Körperschaften in vollem Umfang selbst wahrzunehmen zu können. Die Generalversammlung protestiert gegen diese nicht mehr den heutigen Verhältnissen entsprechende Stellungnahme der Regierung gegenüber den berufstätigen Frauen und fordert nachdrücklich gleiche Behandlung für beide Geschlechter bei den beruflichen Interessensvertretungen.“

Die nämliche Delegierte brachte auch eine Resolution ein des Inhaltes: Dem deutschen Verband möge mitgeteilt werden, daß die Generalversammlung des preussischen Landesverbandes die in Hamburg vorgenommene Änderung des § 3 bedauere. Unter Protest der anders denkenden Minorität gab die Mehrheit und der neutrale Vorstand der Resolution die Zustimmung. Zum Schluß hielt Frau Cauer eine Ansprache, in der sie sich dahin aussprach, daß die Brücke zwischen den bürgerlichen und den arbeitenden Frauen nicht abgebrochen werden dürfe.

Aus den Wahlen für die Leitung gingen dieselben Vorstandsmitglieder wieder hervor, bis auf eine Änderung aus Gesundheitsrücksichten. Die nächste Tagung findet in Dortmund statt.

Die Generalversammlung schloß mit einer Paradedarstellung am Abend! Der ganze neugewählte Vorstand des deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht war in der überfüllten öffentlichen Versammlung, die sich mit den Forderungen der Frauen an den neuen Reichstag befaßte. Zuerst sprach Frau Zelinke! über die Gesetze im allgemeinen, die den Frauen weniger gerecht werden als den Männern, auch über den neuen Strafgesetzentwurf. Dann folgte Fräulein Lischnewska, die es sich natürlich nicht verneinen konnte, den selig entschlafenen Reichstag zu preisen. Frau Breitscheidt, die an dieser Stelle als Frauenstimmrechtlerin sprach, wozu bekanntlich ein feiner Taft gehört, den nicht jeder Mensch sein eigen nennt, servierte den Berlinern die Zuckerpillen: Frieden, reichlich Brot und Ausbau der Koalition. Alle Rednerinnen ertelten reichen Beifall, auch Fräulein Lischnewska, wenn auch deren Ausführungen nicht ganz unwiderrspochen blieben. Delegierte der verschiedenen Landesver-

eine für Frauenstimmrecht überbrachten Grüße aus ihrer Heimat. Frau Cauer forderte in ihrem Schlusswort die Mündigkeitserklärung des deutschen Volkes. Die neue Vorsitzende des deutschen Verbandes, Frau Stritt, schloß die Generalversammlung, die diese Resolution angenommen hatte: „Damit die Frauen wirksam für den Schutz und die Hebung des weiblichen Geschlechts arbeiten können, damit sie eine angemessene Berücksichtigung ihrer Interessen in der Gesetzgebung durchzusetzen vermögen, damit sie in den Stand gesetzt werden, ihrer weiblichen Eigenart entsprechend tatkräftig an den großen sozialen Aufgaben unserer Zeit mitzuwirken, bedürfen sie der politischen Gleichberechtigung. Die Versammlung fordert daher den Verband für Frauenstimmrecht auf, an den kommenden Reichstag mit der Bitte heranzutreten, den Frauen das aktive und passive Reichstagswahlrecht zu gewähren, und dieses Ersuchen in jeder Legislaturperiode zu wiederholen, so lange, bis jede Frau als gleichberechtigte Bürgerin ihres Vaterlandes anerkannt wird.“

Wie sich der Liberalismus des Bürgertums in Württemberg zur Forderung des Frauenwahlrechts stellt, wurde durch die große Versammlung in Stuttgart illustriert, in der der liberale Sammlungsandidat, Oberbürgermeister Mülberger-Eßlingen, sein Programm entwickelte. Für diesen Politiker existiert offenbar die Frau als Glied der Gesellschaft nicht. Auch nicht ein Wort seiner Rede galt den Interessen, den sozialen Bedürfnissen des weiblichen Geschlechts, das heißt der großen Hälfte der Bevölkerung des Deutschen Reiches. Die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezahlung von 1907, die auch für Württemberg eine starke Zunahme der hauptberuflich erwerbstätigen Frauen nachgewiesen haben, sind dem Herrn stumm, totes Zahlenwerk geblieben. Frau Perlen fragte im Namen des bürgerlichen Frauenstimmrechtsvereins an, wie der Kandidat des Bürgertums sich zum Frauenwahlrecht stelle. Sie begründete ihre Anfrage mit dem Hinweis auf die ausgedehnte und wachsende Berufsarbeit der Frau. Herr Mülberger hatte für die weittragende soziale Erscheinung und die in ihr verankerte Rechtsforderung nur ein plattes, stumpfes Bspwort, welches zeigte, daß er im letzten Grunde nur das Weibchen kennt. „Wenn die Frauen einen Freund haben, so haben sie mich“, rief er mit einer Betonung aus, deren Bedeutung die versammelten viertausend liberalen Bürger sofort verständnisvoll mit der bekannten „stürmischen Heiterkeit“ bestätigten und die der Redner selbst noch durch die Antwort darauf stark unterstrich. Die Forderung des Frauenwahlrechts schob er mit Redensarten beiseite. Was für andere Länder passe, das passe nicht ohne weiteres für Deutschland. Er habe immer besürwortet, daß die Frauen im Erziehungswesen zur Beratung herbeigezogen würden. Aber oft würde das größte Unglück für Kinder und Familie entstehen, wenn die Frau ihre Zeit und Kraft auch noch für Politik verwenden wolle. Diese läppischen Ausführungen fanden die lebhafteste Zustimmung der Versammlung. Bezeichnend genug hatte die Philisterbeschränktheit der gesammelten liberalen Bürger die Forderung des Frauenwahlrechts mit so stürmischem Gelächter aufgenommen, daß Frau Perlen empört und tapfer in den Saal rief: „Es ist eine Schande, daß Sie diese Frage mit Lachen beantworten! Lesen Sie denn keine Zeitungen? Wissen Sie nicht, daß diese Forderung schon in manchen Staaten ganz oder zum Teil verwirklicht ist?“ Man stelle diesem Bild von der Auffassung und dem Verhalten des liberalen Bürgertums und seiner führenden Politiker die Sachkenntnis und den Ernst gegenüber, mit denen jeder sozialdemokratische Kandidat die Frage der Fraueninteressen und Frauenrechte behandelt, die Begeisterung, mit der die sozialdemokratischen Proletarier sich für das Frauenwahlrecht erklären. Man sieht dann greifbar, auf welcher Seite das vorwärtsdrängende neue geschichtliche Leben steht. Trotz des Anschauungsunterrichts der Tatsachen träumen bürgerliche Frauenrechtlerinnen noch von der Wiedergeburt des deutschen Liberalismus, unterstützen sie ihn im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Gibt es einen kühneren Beweis von der Stärke des Klasseninteresses, das diese Damen leugnen? Denn im schroffsten Gegensatz zu dem Liberalismus ist die Sozialdemokratie die einflussvollste und zuverlässigste Verteidigerin des Frauenwahlrechts.

Die letzten Gewerbegerichtswahlen in Paris haben die Mündigkeit der Arbeiterinnenbewegung in Frankreich gezeigt. In Paris gibt es rund 70000 Arbeiterinnen, die in der Hut-, Blumen- und Schmuckfedernindustrie beschäftigt sind. Zu den Gewerbegerichtswahlen steht allen von ihnen das Wahlrecht zu, die über 25 Jahre zählen und das französische Staatsbürgerrecht besitzen. Von den vielen Tausenden Wahlberechtigten hatten sich bei den letzten Gewerbegerichtswahlen nur 51 in die Wählerlisten eintragen lassen. Für einen Sitz im Gericht kandidierte die Sekretärin der Modistinnengewerkschaft. Sie erhielt im ersten Wahlgang ganze 17, im zweiten nur noch 7 Stimmen. Als Sieger ging ein Mann aus der Urne

hervor. Zwar ist es um die Organisation der paar tausend Arbeiter in der Modenindustrie nicht zum besten bestellt, aber doch ist die Teilnahmslosigkeit der Männer gegen die Gewerkschaft nicht so groß wie bei den Arbeiterinnen. Diesen liegt der Gedanke des Zusammenschlusses noch sehr fern. Es ist kein Wunder, daß unter solchen Verhältnissen die Arbeiterinnen der schamlosesten Ausbeutung preisgegeben sind.

Das kommunale Frauenwahlrecht für Britisch-Indien ist beschlossen worden. Viele Frauen ließen sich sofort in die Wählerlisten einschreiben. Leider besagen die vorliegenden Meldungen nichts darüber, ob es sich um ein allgemeines oder nur um ein beschränktes Frauenwahlrecht handelt. Da die englischen Kolonien sich für ihre Einrichtungen zunächst meist an das Beispiel des Mutterlandes halten, dürfte wohl das letztere der Fall sein.

Frauenbewegung.

Eillette statt politischen Rechts, das scheint noch immer das Ideal auch mancher bürgerlicher Frauenrechtlerinnen zu sein. Der Verein für Frauenstimmrecht in Frankfurt a. M. hatte eine öffentliche Versammlung einberufen, die Stellung zur Reichstagswahl nehmen sollte. Fräulein Augspurg referierte über „den alten und den neuen Reichstag“ und sparte nicht mit einer ägenden Kritik der bürgerlichen Parteien. Von den eingeladenen Reichstagskandidaten war nur Genosse Dr. Quard erschienen, der Bannerträger des Linksliberalismus, Herr Defer hatte sich brieflich entschuldigt und brachte sein Wohlwollen für das Frauenwahlrecht zum Ausdruck. Genosse Quard legte ausführlich den sozialdemokratischen Standpunkt zu den Fragen dar, die das öffentliche Interesse beherrschten und tief das Leben der Frauen berühren. Er ergänzte Fräulein Augspurgs Kritik an dem Verhalten der Fortschrittlichen Volksparteiler und bezeichnete es als das „feige Weibchen“. Dem Tun und Lassen dieser Herren stellte er lobend „die tapferen Frauen“ gegenüber, die für die Rechte ihres Geschlechts kämpften. Unter den anwesenden Frauenrechtlerinnen gab es wunderliche Zierbögelchen, die behaupteten, Genosse Quard habe durch den Ausdruck „feige Weibchen“ das gesamte weibliche Geschlecht beleidigt. Die versammelten Damen nahmen die „beleidigende“ Äußerung zum Vorwand, sich in eine Erregung hineinzusteuern, die sie zu keiner Parole kommen ließ, für welchen Kandidaten die bürgerlichen Frauen im Reichstagswahlkampf eintreten sollten. Und das, obgleich der anwesende Parteisekretär der Fortschrittlichen Volkspartei keine bindende Erklärung über die Stellung zum Frauenwahlrecht abgab, vielmehr die Frauenrechtlerinnen mit allgemeinen, nichts sagenden Redensarten und einem Wechsel auf die Zukunft abpeiste. Was den Kandidaten der Demokraten, den bisherigen Reichstagsabgeordneten Defer anbelangt, so hat sich seine Sympathie für das Frauenwahlrecht bisher unter Ausschluß der parlamentarischen Öffentlichkeit betätigt. Und ist nicht eine Gelegenheit bekannt, wo Herr Defer im Reichstag durch Wort oder Abstimmung für diese Forderung eingetreten wäre. Wenn in Frankfurt tatsächlich bürgerliche Frauenrechtlerinnen wegen Genossen Quards Äußerung für den bürgerlichen Kandidaten arbeiten würden, so erbrächten sie damit nur den Beweis politischer Unreife. Die Frage der Eillette statt der des politischen Rechts zur entscheidenden machen, heißt die Arena des politischen Kampfes mit dem Salon verwechseln. Die Entrüstung der Damen ob des Wortes mutet um so komischer an angesichts der frommen Geduld, mit der sie sich immer aufs neue für die Fortschrittliche Volkspartei begeistern, die die Frau politisch noch auf eine Stufe mit Unmündigen, Ehrlosen und Wahnsinnigen stellt, indem sie sich weigert, die Forderung des Frauenwahlrechts in ihr Programm aufzunehmen. Der bürgerliche Klasseninstinkt läßt die Frauenrechtlerinnen fortschrittliche Fußtritte dem Kampf der Sozialdemokratie für die volle Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts vorziehen. Es sei noch vermerkt, daß Fräulein Augspurg in ihrem Schlusswort die gewohnheitsmäßige Verleumdung auflichtete, in allen Ländern sei die Sozialdemokratie nie ernst und tatkräftig für das Frauenwahlrecht eingetreten. Das ewige Aufwärmen macht diesen mageren Kohl wahrhaftig nicht fett. Die Genossinnen Ditto und Ennenbach sowie Genossen ließen keinen Zweifel darüber, wie politisch kämpfende über die aufgerollte weltbewegende Eillettenfrage denken, welche einige Damen so in Harnisch gebracht hatte. Sie nahmen auch Fräulein Augspurg etwas unsänsflich wegen ihrer unwahren Behauptungen am Ohr. Die Versammlung ging in Erregung auseinander.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Jeklin (Zundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.